Erscheint
wöchentlich einmal
in
Zürich (Schweiz)

Verlag
A. Herter, Hottingen-Zürich
Kasinostraße 3.

Postsendungen
franco gegen franco.
Gewöhnliche Briefe
nach der Schweiz kosten
Doppelporto.

Der Sozialdemokrat

Zentral-Organ der deutschen Sozialdemokratie

Abonnements
werden nur beim Verlag und dessen bekannten Agenten entgegengenommen und zwar zum voraus zahlbaren Vierteljahrspreis von:
Fr. 2.— für die Schweiz (Kreuzband)
Mk. 3.— für Deutschland (Couvert)
fl. 1. 70 für Oesterreich (Couvert)
Fr. 2. 50 für alle übrigen Länder des Weltpostvereins (Kreuzband).

Inserate
Die dreigespaltene Petitzeile
25 Cts. — 20 Pfg.

№ 11. Donnerstag, 9. März. 1882.

Avis an die Korrespondenten und Abonnenten des „Sozialdemokrat".

Da der „Sozialdemokrat" sowohl in Deutschland als auch in Oesterreich verboten ist, bezw. verfolgt wird, und die dortigen Behörden sich alle Mühe geben, unsere Verbindungen nach jenen Ländern möglichst zu erschweren, resp. Briefe von dort an uns und unsere Zeitungs- und sonstigen Sendungen nach dort abzufangen, so ist die äußerste Vorsicht im Postverkehr nothwendig und darf keine Vorsichtsmaßregel versäumt werden, die Briefmarder über den wahren Absender und Empfänger, sowie den Inhalt der Sendungen zu täuschen, und letztere dadurch zu schützen. Haupterforderniß ist hiezu einerseits, daß unsere Freunde so selten als möglich an den „Sozialdemokrat", resp. dessen Verlag selbst adressiren, sondern sich möglichst an irgend eine unverdächtige Adresse außerhalb Deutschlands und Oesterreichs wenden, welche sich dann mit uns in Verbindung setzt; anderseits aber, daß auch uns möglichst unverfängliche Zustellungsadressen mitgetheilt werden. In zweifelhaften Fällen empfiehlt sich behufs größerer Sicherheit Rekommandirung. Soviel an uns liegt, werden wir gewiß weder Mühe noch Kosten scheuen, um trotz aller entgegenstehenden Schwierigkeiten den „Sozialdemokrat" unsern Abonnenten möglichst regelmäßig zu liefern.

Abonnements-Einladung.

Mit Nr. 14 beginnt ein neues Quartalsabonnement auf den „Sozialdemokrat". Wir ersuchen unsere Leser, ihr Abonnement rechtzeitig zu erneuern, sowie für Gewinnung neuer Abonnenten unablässig thätig zu sein. **Weder das Abonnement auf den „Sozialdemokrat" noch das Empfehlen desselben ist in Deutschland strafbar, sondern lediglich die direkte Verbreitung.**

Es ist deshalb Pflicht wie Interesse jedes Parteigenossen, auf's eifrigste für die Verbreitung des „Sozialdemokrat" zu wirken. Da der „Sozialdemokrat" in Deutschland bekanntlich auf Grund des Ausnahmegesetzes verboten ist, so muß die Verbreitung selbstverständlich mit größter Vorsicht geschehen; letztere angewandt, ist die Sache übrigens durchaus ungefährlich und leicht ausführbar. **Das bloße Abonnement ohne Weiterverbreitung ist gesetzlich erlaubt.**

Der „Sozialdemokrat" wurde vom letzten Parteikongreß einstimmig zum einzigen offiziellen Organ der sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands erklärt.

Der vorauszahlbare Abonnementspreis des „Sozialdem." beträgt vierteljährlich für Deutschland und Oesterreich 3 Mark (1 fl. 70 kr.), wofür das Blatt wöchentlich als verschlossener Brief versandt wird; für die Schweiz 2 Fr., für alle übrigen Länder des Weltpostvereins 2. Fr. 50 Cts. (unter Band). Dieser Preis kann indessen, namentlich in Deutschland, bedeutend ermäßigt werden, wenn sich die Genossen eines Ortes zum Bezug im Großen vereinigen. Wenn unverdächtige Empfangsadressen gewählt werden und damit stets gewechselt wird, wenn ferner die geheime Vertheilung an die abonnirten Genossen vorsichtig geschieht: dann ist die Gefahr der Entdeckung beim Gesammtbezug weit geringer wie bei den Briefsendungen.

Bis zu 16 Exemplaren können im Doppelbrief übermittelt werden; bei größeren Bestellungen ist die Zusendung in Packet vorzuziehen. Bei Bezug von zehn Exemplaren an ist der Preis per Quartal auf M. 1. 80. franko ins Haus festgesetzt, und ist der Betrag monatlich mit 60 Pf. im Voraus einzusenden. Sämmtliche Sendungen werden gut verpackt, nicht in der Schweiz, sondern in **Deutschland** aufgegeben.

Briefmarken aller Länder werden für voll angenommen; größere Beträge in Papiergeld mittelst eingeschriebenen Brief oder Post-Einzahlung.

Da nicht unbedeutende Kosten durch ungenügendes Frankiren entstehen, so machen wir darauf aufmerksam, daß einfache Briefe (bis 15 Gramm) nach der Schweiz 20 Pfg., resp. 10 Kreuzer ö. W. kosten, bei schwereren Briefen je 15 Gramm weitere 20 Pfg., resp. 10 Kreuzer.

Man wende sich bei Einzelbestellungen an den Verlag von A. Herter, Kasinostraße 3, Hottingen-Zürich, bei gemeinsamem Abonnement und um Aufschlüsse an die bekannten Agenten in Deutschland, oder an die Unterzeichneten durch Vermittlung in der Schweiz oder sonst im Ausland lebender Freunde.

Monatliche Vorausbezahlung des Abonnementspreises an unsere Vertrauensmänner und Filialeverwalter ist unerläßlich!

Parteigenossen! Sammelt Euch um Eure Fahne und benützt die Euch gegebene Waffe mit Eifer und Geschick; seid rührig und thut Eure Pflicht!

Redaktion und Expedition des „Sozialdemokrat".

Das Erbtheil der Enterbten.

Endlich hat Bismarck die Hülle abfallen lassen, mit der er bisher diskreter Weise sein Tabaksmonopolprojekt bedeckt hatte. Das Tabaksmonopol soll bekanntlich den Grundstein bilden, auf welchem der Bau der „Sozialreform", des sogenannten Staatssozialismus, sich erheben soll.

Der Bismarck'sche Staatssozialismus, so sagten wir von Anfang an, hat keinen andern Zweck und kann keinen andern Zweck haben, als den Arbeitern das Doppeljoch der ökonomischen und politischen Sklaverei aufzulegen, und den wackelig werdenden Absolutismus zu stützen.

Ein Blick auf den jetzt veröffentlichten Gesetzesentwurf, betr. die Einführung des Tabaksmonopols, bestätigt nach allen Richtungen hin diese Auffassung. Er riecht nach Juchten. Hinter jeder Zeile der Helm des Polizisten und die „nationale Peitsche". Zwanzig Paragraphen handeln ausschließlich von Strafbestimmungen für alle möglichen und unmöglichen Fälle. Der Lenker und Leiter des Ganzen, der unbeschränkte Diktator des sozialpolitischen Versuchs-Zuchthauses ist der Herr Reichskanzler. ER regelt Einkäufe und Verkäufe, ER setzt die Preise fest, ER beherrscht nach persönlicher Laune den wirthschaftlichen Markt, wie er die politische Welt zu beherrschen sich einbildet. Keine Kontrole. Keine Rechenschaft. ER thut einfach was er will, und Niemand hat nach den Gründen zu fragen.

Mit den Kopfschmerzen, welche das Tabaksmonopol den Herren Bourgeois verursacht, beschäftigen wir uns hier nicht. Es reißt ein Loch in das System der kapitalistischen Privatproduktion, und da ist der Schrecken und das Gezeter der Leutchen sehr begreiflich. Es geht ihnen an den Geldbeutel, und in Geldsachen hört sprichwörtlich die Gemüthlichkeit auf. Auch die Einwendungen, welche die Herren Bourgeois gegen das Projekt machen, haben für uns keinen Werth. Zum Theil sind dieselben sehr kindisch. Wie lächerlich ist es z. B., daß gesagt wird, die Preise seien zu niedrig normirt, „denn die Privatindustrie könne die Waaren nicht so billig liefern". Daß der Staat viel billiger produziren kann, als die Privatindustrie, das will den Herren Bourgeois nicht in den Kopf. Sie begreifen nicht, oder wollen nicht begreifen, daß der produzirende Staat als größter Großproduzent ihnen, den Großbourgeois, gegenüber ebenso im Vortheil ist, wie sie, die Herren Großbourgeois, gegenüber den Kleinbürgern, und der Kleinproduktion. Also wenn der Staat will — und natürlich auch über die nöthige Praxis und Intelligenz verfügt — kann er unzweifelhaft billigere Tabake und Zigarren liefern als die Privatfabrikanten. Will aber der Bismarck'sche Staat, und kann er? Das ist eine andere Frage. Jedenfalls kommt es Bismarck blos darauf an, sich durch das Tabaksmonopol eine Geldquelle zu eröffnen, die ihn von der Kontrole des Reichstags emanzipirt und zur Fortsetzung und weiteren Ausbildung des persönlichen Regimentes in Stand setzt. Er braucht Geld, viel Geld, und ob die Zigarren und Tabake gut sind oder schlecht, das geht die biederen Reichsbürger nichts an. Erweisen sich die Preise zu niedrig, je nun, wer hindert denn den Reichskanzler, sie beliebig zu erhöhen? Er ist Niemanden verantwortlich, von Niemanden abhängig.

Ob die in Aussicht gestellten Entschädigungen genügende sind oder nicht, das ist eine sekundäre Frage, die wir eigentlich gar nicht zu diskutiren haben, solange wir uns nicht prinzipiell auf den Boden des Tabaksmonopols stellen.

Immerhin ist zur Kennzeichnung dieser „Grundlage" des „Patrimoniums der Enterbten" darauf aufmerksam zu machen, wie auch hier hinter allen schönen Vorspiegelungen der Sch—alk steckt. Ganz besonders was die Enterbten, die Arbeiter, anbetrifft.

Wie die Motive selbst angeben, sind laut der Tabaksenquête von 1878 in der deutschen Tabaksindustrie in den Betrieben, welche mit Gehilfen arbeiten, 99,714 Arbeiter beschäftigt. Von diesen werden, wiederum laut Motiven, nur etwa 80,000 Arbeiter herübergenommen. Nun heißt es, daß die „technisch gebildeten Tabaksarbeiter", welche keine Verwendung finden, mit einer Abfindungssumme bedacht werden sollen. Die Zahl dieser zu entschädigenden Arbeiter wird auf **„höchstens"** 8000 angegeben, macht mit obigen 80,000 anzustellenden Arbeitern zusammen erst 88,000. Wo bleiben die restlichen 11,714 Arbeiter? Sie fliegen unentschädigt auf das Pflaster!!

Ganz unberücksichtigt sind dabei noch die 8432 Betriebe ohne Gehilfen. Was aus diesen werden soll, darüber schweigen die Motive sich aus. Wird der „Anwalt des kleinen Mannes" die Inhaber solcher „Betriebe" als „Fabrikanten" mit der fünffachen Höhe ihres durchschnittlichen Reingewinnes bedenken oder ihnen als „technisch gebildeten Arbeitern" den Eintritt in den Staatsbetrieb anheimstellen? Im letzteren, dem wahrscheinlicheren Falle, würde sich die Zahl der unentschädigt auf's Pflaster Fliegenden auf ca. 20,000, in Worten zwanzigtausend Arbeiter erhöhen.

Nun ist es geradezu lächerlich, anzunehmen, daß beim Staatsbetrieb in Wahrheit 80,000 technisch gebildete Arbeiter nothwendig werden sollten. Man bedenke nur, daß in Frankreich nur 16,000 (davon 14,000 weibliche), in Oesterreich nur 26,000 (darunter 22,000 weibliche), in Italien nur 18,000 (darunter 15,000 weibliche) Tabakarbeiter beim Monopol beschäftigt. Die Achtzigtausend werden nur eingestellt, um Entschädigungen an die Arbeiter zu sparen.

Damit die Ueberschüsse auf der gewünschten Höhe bleiben — die Preise dürfen schon deshalb nicht erheblich höher gesetzt werden, weil sonst der Konsum zu sehr eingeschränkt würde — werden von Jahr zu Jahr mehr Arbeiter „überflüssig" gemacht und in aller Form Rechtens auf die Straße gesetzt. Dann mögen die „technisch gebildeten" Arbeiter sehen, wo sie sonst ein Unterkommen finden!

Die auf den ersten Augenblick Manchem in die Augen stechenden Entschädigungsbedingungen haben lediglich den Zweck, der Majorität der Interessenten, namentlich die Tabaks- und Zigarrenhändler, sowie die Tabaksarbeiter durch das verlockende Angebot einer runden Geldsumme vom Widerstand gegen das Monopol abzubringen.

In wie weit dieses Manöver in den bürgerlichen Kreisen verfangen wird, das wissen wir nicht. Die Herren Tabaksproduzenten, Tabaksfabrikanten und Tabakshändler, sind durch das grausame und raffinirte Experimentiren, durch das mechanische Hangen- und Bangenlassen der letzten Jahre so nervös geworden, daß Viele sicherlich denken werden: Lieber ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende! und die Entschädigungssumme einstreichen — vergnügt, daß sie überhaupt etwas erhalten.

Darüber darf uns auch ihr Geschrei, das sie vorläufig ausstoßen, nicht hinwegtäuschen. Es hat bei Vielen nur den Zweck, die möglichst besten Bedingungen herauszuschlagen. Es handelt sich für sie um eine Geld-, um eine Geschäftsfrage, und es wäre ebenso unbillig wie naiv, von den Bourgeois zu erwarten, daß sie dieselbe anders als wie eine Geschäftsfrage behandeln sollten.

Anders die Arbeiter. Für sie steht die Prinzipienfrage obenan. Das Tabaksmonopol des Fürsten Bismarck ist eine Waffe des Absolutismus; es verletzt jedes demokratische Prinzip; es fügt, was wir von Anfang an gegen den Bismarck'schen Staatssozialismus hervorgehoben, — zur politischen die ökonomische Sklaverei. Kein deutscher Arbeiter wird sich dazu verstehen, für das Linsengericht einer mehr oder weniger kärglichen Versorgung, um den Sold einer mehr oder weniger hoch bemessenen Abfindungssumme sich mit einem Projekt auszusöhnen, dessen Verwirklichung zur tiefsten Erniedrigung der Arbeiter führen würde, und das Grab der Freiheit wäre. Jeder deutsche Arbeiter, der einen Funken von Freiheitssinn und Ehrgefühl in der Brust hat, wird mit uns ausrufen:

Fort mit dem Monopol! Nieder mit dem Bismarck'schen Staatssozialismus!

Es lebe die Sozialdemokratie!

„Von Gottes Gnaden."

Wenn man alle die schönen Redensarten von „Gottes Gnaden", „Heldengeschlecht", „legitimer Abstammung" ꝛc. hört und liest, so sollte man meinen, die Abstammung der Könige und Fürsten, die Reinheit ihres Blutes und Rechtmäßigkeit ihrer Geburt sei über jeden Zweifel erhaben.

Sieht man sich die Sache jedoch etwas näher an, so erweist sich diese Reinheit der „erlauchten" Geschlechter als derselbe blaue Dunst, aus welchem der ganze mystische Nimbus besteht, mit dem sich die Monarchie zu umgeben liebt.

Betrachten wir uns z. B. einmal die Vorfahren „unseres Fritz" von mütterlicher Seite etwas näher, so brauchen wir gar nicht weit zurückzugehen, um auf die absonderlichsten Dinge zu stoßen, die ein bedenkliches Licht auf die reinliche Abstammung des vielgeliebten preußischen Kronprinzen werfen.

Wir wollen uns hier gleich dagegen verwahren, als ob wir ein besonderes Gewicht auf diese Dinge legten; wir meinen aber, daß es Leuten gegenüber, wie der zukünftige Heldenfritz oder seine auf ihren Stammbaum angeblich so stolze Mutter sehr gut ist, wenn man sie einmal an ihre gottbegnadete Abstammung erinnert.

Auch hoffen wir zuversichtlich, daß es ein Scherflein zur Steigerung des Autoritätssinnes beiträgt, wenn dieser oder jener erfährt, wie es eigentlich mit der näheren Verwandtschaft der erlauchten Häupter Deutschlands aussieht. Doch zur Sache.

Von 1689—1725 regierte in Rußland Peter I., der sogenannte Große. Derselbe hatte eine rechtmäßige Frau, hielt sich nebenbei jedoch eine Mätresse, die Tochter eines leibeigenen Bauern. Von dieser wurde ihm zu Lebzeiten seiner rechtmäßigen Frau eine Tochter geboren, die also ein uneheliches oder auf gut deutsch ein Hurenkind war. Diese Tochter heirathete später der Herzog von Holstein-Gottorp, ihr Sohn war Peter III., der im Jahre 1762 den russischen Thron bestieg. Kaum jedoch hatte er einige Monate regiert, als er von seiner eigenen Frau, einer geborenen Prinzessin von Anhalt-Zerbst, entthront und dann auf ihren Befehl im Gefängniß ermordet wurde. Diese Gattenmörderin war die berüchtigte Katharina II., die dann über 30 Jahre Rußland regierte. Sie hatte im Laufe dieser Zeit mehrere Hundert „Liebhaber", in der Regel ein halbes Dutzend gleichzeitig, war also eine der größten Lustdirnen, die je existirt haben. Der Dichter Byron sagt von ihr:

> Zwei Welten künden ihres Ruhmes Spuren,
> Die größte aller Fürstinnen und Huren.

Der Sohn dieser edlen Dame, dessen eheliche Erzeugung nach alledem mehr als zweifelhaft ist, war der russische Kaiser Paul I. Er war während seiner Regierung vollständig wahnsinnig, d. h. wahnsinniger noch, als es Königen ohnehin gestattet ist, ohne daß man sie ins Irrenhaus sperrt. Auch er wurde im Jahre 1801 ermordet, unter direkter Mitwissenschaft seines Sohnes, Alexander I.

Von diesem Huren-Gattenmörder- und Vatermördergeschlecht nun stammt „unser Fritz" durch seine hohe Frau Mutter in direkter Linie ab, und nicht nur er, sondern auch noch eine ganze Reihe anderer deutscher und ausländischer Fürsten, als da sind: der Kaiser von Rußland, der regierende König der Niederlande, die regierenden Großherzoge von Mecklenburg-Schwerin und Sachsen-Weimar, der Herzog von Sachsen-Altenburg, Prinz Friedrich Karl von Preußen, die Königin von Württemberg, die Großherzogin von Baden ꝛc. ꝛc.

Rekapituliren wir also kurz diese erlauchte Ahnenreihe „unseres Fritz", so ergibt sich folgende reinliche und liebliche Verwandtschaft:

Seine Ahnfrau war Katharina I., die Tochter eines Leibeignen und Mätresse Peters des Großen, seine Ureltermutter war die unehelich geborene Anna, sein Eltervater, Peter III., wurde von seiner eigenen Frau ermordet, seine Eltermutter, eben diese Frau, war Gattenmörderin und Liebhaberin mehrer hundert Männer, sein Urgroßvater Paul I. war höchstwahrscheinlich unehelich erzeugt, war blödsinnig und wurde von dem eigenen Sohn ermordet, sein Großoheim, Alexander I., war Vatermörder, sein zweiter Großoheim Nicolaus I. wurde höchstwahrscheinlich von seinem eigenen Sohn, dem „milden Zar" Alexander II., vergiftet. Eine Tochter des wahnsinnigen Paul I. heirathete dann den Großherzog von Weimar, und ihre Tochter ist Augusta, deutsche Kaiserin und Mutter des deutschen Kronprinzen.

Das sind, aus dem Gröbsten betrachtet, die nächsten Vorfahren unseres Fritz und einer ganzen Anzahl regierender Fürsten. Wir gratuliren zu der ehrenwerthen Verwandtschaft!

Alle diese Leute sind natürlich „von Gottes Gnaden", wobei wir nur den Geschmack des lieben Gottes bewundern müssen, der indeß seit alten Zeiten historisch konstatirt werden kann. Schon seine Erzlieblinge im alten Testament, ein Abraham, Jakob, David, Salomo ꝛc. waren ja bekanntlich, was Morden und Ehebrechen anbetrifft, große Helden, und Christus, sein eingeborener Sohn, zählt ja, von seiner Jungfrau Mutter ganz abgesehen, unter seinen Ahnfrauen drei Huren (Rahab, Ruth und Bathseba). Der Geschmack des Herrgotts ist also nur konsequent geblieben, wie das von ihm bei seiner Unveränderlichkeit ja auch nicht anders zu erwarten war.

Uebrigens ist es durchaus natürlich, daß unsere Herren Landesväter so wenig beneidenswerthe Familienverhältnisse haben. Ein Mensch aus einer anständigen Familie würde sich ja auch im 19. Jahrhundert schwerlich zum Repräsentanten einer so nichtsnutzigen miserabeln Einrichtung hergeben, wie die Monarchie es ist. Dazu gehören eben Leute aus anrüchigen Familien, wie das auch die ganze Weltgeschichte beweist.

Alles das hat indeß wenig zu bedeuten, so lange das deutsche Volk mit seinen „erlauchten Heldengeschlechtern" zufrieden ist. Der Tausendste allerdings kennt wohl kaum die ehrwürdigen Vorfahren seiner verschiedenen Landesväter, und darum haben wir uns der loyalen Aufgabe unterzogen, diese Heldenreihe der „bewährten monarchischen Gesinnung" des deutschen Michels einmal vor die Augen zu führen.

Möchte unser Bemühen, wie gesagt, ein Scherflein dazu beitragen, diese monarchische Gesinnung im Besonderen und den Autoritätssinn im Allgemeinen zu kräftigen und zu vermehren, damit sich die deutschen Landesväter vor der allzugroßen Liebe ihrer Unterthanen nicht mehr durch so kostbare stehende Heere zu schützen brauchen.

Catilina.

Aus der Rede des Abgeordneten Kayser

über

den liberalen Haftpflicht-Gesetz-Entwurf.*)

Gehalten am 19. Januar 1882.

(Nach dem amtlichen stenographischen Bericht.)

— — Wir, als Arbeiterpartei, — wir sind gestern von dem Herrn Abgeordneten Lasker so geschildert worden, daß wir als Arbeiterpartei nur einseitige Interessen vertreten — wir können uns nur freuen, wenn wir diese Rivalität um den armen Mann sehen, wenn wir sehen, wie von rechts und links am armen Mann gezerrt wird, um ihn zu sich herüberzuziehen. Aber das muß ich sagen, daß bis heute für den armen Mann nicht viel Nutzen herausgekommen ist. Wir sehen nämlich den bedauerlichen Zustand, daß die Frage des Arbeiterwohls mitunter eine Frage der parlamentarischen Taktik wird, der Untergrund für die Machtbestrebungen der Parteien, zur Regierung zu gelangen. Es kommt uns mitunter so vor — wir haben wenigstens die Empfindung —, als seien die Arbeiter nicht Selbstzweck, sondern nur Mittel zum Zweck, und deshalb haben wir schon wiederholt gesagt, daß auf parlamentarischem Wege nicht viel herausspringt, sondern — wie das mein Parteifreund Rittinghausen schon seit Jahrzehnten hervorragend vertritt — daß es für den Arbeiter einer direkten Volksgesetzgebung bedarf, soll wirklich seinen Interessen entsprochen werden. — — —

— — — Wir sehen heute die sogenannte große liberale Partei mit einem sozialen Reformwerk auftreten, und ich muß sagen, ich habe auch da die Empfindung, daß es weiter nichts als eine Paradestück ist, ein Aufmarschiren aller drei „Abtheilungen" der sogenannten großen liberalen Partei. Hat uns doch der Abgeordnete Buhl gestern gesagt, daß er nicht mit der anderen Seite übereinstimme in der Verpflichtung im einzelnen Fall, daß er gerade in Bezug auf die Verschuldung des Arbeiters — bei einer Begriffsfeststellung, die von außerordentlicher Wichtigkeit dafür ist, ob der Arbeiter bei einer Verunglückung etwas erhält oder nicht —, indem er dem Arbeiter die Verschuldung aufladen will, sich trennt von dem übrigen Theil; und so glaube ich, wenn der Aufmarsch vorüber, die Parade zu Ende ist, daß dann wohl auch wieder der Zwiespalt der Interessen ausbrechen wird. Und dieser Zwiespalt wird gerade in Bezug auf die Einzelverpflichtungen eintreten, so daß zu befürchten steht, daß, käme der Entwurf zur wirklichen Behandlung, der im Entwurf vorhandene Nutzen aus dem Entwurfe alsdann jedenfalls entfernt werden dürfte.

Meiner Freude muß ich dann Ausdruck geben, wenn ich sehe, wie jetzt bei der Regierung sowohl wie bei allen Parteien der Geist Lassalle's eingezogen ist, auch bei dem Abgeordneten Lasker. Er hat zwar gestern gesagt, er stehe immer nur auf dem Standpunkt der Selbsthilfe. Der Standpunkt der reinen individuellen Selbsthilfe ist aber in dem Augenblick verlassen, wo man sagt: wir können das freie Vertragsübereinkommen zwischen Versicherungsgesellschaften und Versicherten nicht allein gelten lassen; der Staat muß Ordnungs- und Zwangsmittel für die Versicherungsgesellschaften feststellen, damit auch der Arbeiter gesichert wird. Das ist immerhin ein Anfang zum Besseren, und ich glaube, wenn man die Nothwendigkeit der Staatshilfe auf der einen Seite bei einem bestimmten Nothstand anerkennt, man auch bei dem allgemeinen Nothstand, welcher herrscht, immer mehr die Neigung zeigen wird, mit Hilfe der Staatsorganisation die sozialen Beziehungen zu bessern. Wir können aber auch für uns den Ruhm in Anspruch nehmen, daß es ein Ersatz unserer vorhergegangenen politischen Arbeit war, wenn heute ein großer Theil der Arbeiter selbstbewußt auftritt, mit bestimmten Anforderungen an die Gesellschaft hervortritt, und man deshalb glaubt seitens der Regierung, diese Forderungen nicht ganz unberücksichtigt lassen zu können, und ihnen eine sogenannte „christliche" Rücksicht angedeihen läßt. Entschieden muß ich die gestrige Aeußerung des Herrn Abg. Dr. Hirsch für falsch erklären, als ob die Arbeiter irgend etwas, was Beschluß der Gesetzgebung wäre, wo ihnen eine Unterstützung mit Hilfe des Staates und aus Staatsmitteln gesichert werden soll, als Almosen ansehen könnten. So wenig wie man die Pensionen der gewesenen Staatsminister, die Pensionen anderer hoher Beamten für Almosen ansieht, so wenig ist irgend etwas, was der verunglückte Arbeiter nach gethaner Arbeiter empfängt, als Almosen anzusehen, noch je von ihm angesehen worden.

(Sehr richtig! links.)

Meine Herren, wenn ich nun von dieser allgemeinen Einleitung übergehe zu dem Entwurfe selbst, so muß ich zunächst sagen, daß wir auf dem Standpunkte der Reichsversicherung stehen. Wir können uns mit dem Prinzip der Privatversicherung, das die Vorlage der Liberalen ausspricht, nicht einverstanden erklären aus einem ähnlichen Grunde, wie ihn auch der Herr Ackermann angeführt hat. Nach unserer Auffassung soll man nämlich am Unglück des Nebenmenschen nichts verdienen, und daß die Versicherungsgesellschaften doch Gewinn machen wollen, daß das in dem ganzen liberalen, individualistischen Prinzip liegt, daß man nur aus Nutzen und Gewinn irgend welchen Betrieb übernimmt, steht unbedingt fest.

(Sehr richtig! rechts.)

— — — — — —

— — Was nun die Rente anlangt, so hat Herr Lasker gesagt: ja, wir geben deshalb keinen vollen Ersatz, damit das die Entschädigung für den Arbeitgeber ist, weil er allein die Prämie zahlt. Das richtige Prinzip besteht doch darin, daß der völlig erwerbsunfähig Gewordene — und viele Kategorien hatten einen solchen Anspruch nach dem jetzigen Haftpflichtgesetz — den vollen Arbeitsverdienst als Entschädigung erhält.

In den Motiven zum vorjährigen Regierungsentwurf ist gesagt worden: ja, der Staatsbeamte u. s. w. bekommt nicht das an Pension, was er sonst an Gehalt bekommen habe, selbst wenn er völlig erwerbsunfähig wäre. Nun liegt aber die Sache so, daß selbst die Motive zum vorjährigen Regierungsentwurf es ausgesprochen haben, daß eine große Anzahl Arbeiter auf dem äußersten Lebensniveau stehen, so daß jede Verringerung des Erwerbes sie der absoluten Nothlage aussetzt. Das war wörtlich so in den Motiven, und es wurde als Christenpflicht erklärt, daß man das nicht zulassen dürfe. Nun würden aber alle die Arbeiter, die bei dem vollen Arbeitsverdienst auf dieser Grenze stehen, und 66⅔ Prozent ihres früheren Verdienstes bekommen, in eine völlige Nothlage gerathen und die Armenpflege würde hier eingreifen müssen.

Ich will nicht zu ausführlich sein, ich will mich nur dagegen aussprechen, daß bei einer Wittwe mit vielen Kindern eine Beschränkung eintrete, wie sie dieser Entwurf in Uebereinstimmung mit der Regierungsvorlage des vorigen Jahres hergestellt hat. Diese ganzen Abschnitte sind einfach dem vorjährigen Regierungsentwurf wörtlich entnommen, und es sind diejenigen, die gerade unsere Opposition zu dem vorjährigen Regierungsentwurf begründet haben, weil sie den Arbeiter, der jetzt unter dem Haftpflichtgesetz steht, absolut benachtheiligen, weil er den Anspruch, die verringerte Erwerbsfähigkeit völlig ersetzt zu erhalten, verliert, und von nun an sein gewesener Verdienst um bedeutende Prozente verringert wird.

Es ist dann als eine vortheilhafte Neuerung des Entwurfes anzusehen, daß der böse Vorsatz des Unternehmers besonders bestraft wird dadurch, daß der Unternehmer nachher den vollen Ersatz für den verlorenen Lohn zu leisten hat.

Meine Herren, wenn wir weiterhin uns ansehen, in welcher Form das Gesetz Sicherung schafft, so muß ich mit dem Herrn Geheimen Regierungsrath Lohmann darin übereinstimmen, daß eigentlich nichts Bestimmtes festgesetzt ist, und die sachlichen Einwendungen, welche gestern der Herr Geheimrath Lohmann gemacht hat, waren so ausführlich und gründlich, daß man dazu nicht viel hinzufügen kann. Ich muß sagen, daß der Entwurf durchaus unfertig, alles dem Bundesrath überlassen ist. Wir wissen nicht, in welcher Weise diese Regelung später geschehen soll, und wir vergessen ganz, daß, wenn die Verordnungen dem Bundesrath überlassen bleiben und erst später in das Gesetz kommen sollen, wir dann durch diese Verordnungen des Bundesrathes gebunden sind, weil, wenn einmal solche Versicherungsgesellschaften sich vereinbart haben mit den Unternehmern, nachher nicht durch ein Gesetz diese ganze Vereinbarung aufgehoben werden kann; denn es würde sonst eine zu große Verwirrung entstehen.

Bei dieser Gelegenheit ist von Herrn Lasker darauf hingewiesen worden, daß eine Art von Privatversicherung geschehen könne durch Fabrikkassen. Ich weiß nicht, wie er sich das eigentlich denkt, denn Fabrikkassen — und von den Dingen verstehen wir etwas — sind doch so eingerichtet, daß nicht der Arbeiter sie in Händen hat, sondern umgekehrt der Fabrikant, ja daß dieser einen Gewinn für sich findet, daß er dem Arbeiter Arbeitsabzüge macht und in seine Kasse, als Fabrikkasse, legt. Alle Arten von Fabrikkassen sind in der Hand des Fabrikunternehmers, und wodurch er Sicherheit bestellt, ist mir nicht recht klar; er zahlt nur an sich selbst und wird höchstens in seinem Geldschrank eine Extraabtheilung machen mit der Aufschrift: Geld für Unglücksfälle, die in meiner Fabrik entstehen werden.

(Heiterkeit rechts.)

Dann ist auch auf die Knappschaftskassen verwiesen worden. Da muß ich sagen, daß die Erfahrung, die wir in Sachsen mit den Knappschaftskassen gemacht haben, dieselben, trotz des Widerspruches des Herrn Abgeordneten Ackermann, nicht günstig erscheinen lassen, um diese Art Kassen als Grundlage etwa einer solchen Selbstversicherung anzusehen. Ich kann ja heute nicht ausführlich auf diesen Gegenstand zurückkommen, aber anführen kann ich, was der Herr Abgeordnete Ackermann trotz alles Sträubens zugestehen mußte, daß die früher schon hohen Prämien noch erhöht und die Invalidenunterstützungen erniedrigt worden sind, wie auch die neuen. Wir haben wiederholt es in Sachsen erlebt, Kassen zu haben, die bei größeren Unglücksfällen zahlungsunfähig wurden.

(Widerspruch des Abgeordneten Ackermann.)

Ich weiß, daß in dem Wahlbezirke, den der Herr Abgeordnete Ackermann vertritt, die Knappschaftskassen in einem besseren Zustande sind, wenigstens sind von dort nicht so große Klagen an uns gekommen. Aber in Freiberg, in Zwickau sind über die Knappschaftskassen ganz bedeutende Klagen erhoben worden; bei großen Unglücksfällen ging stets der Klingelbeutel herum, und überall schaffen sie eine große Bevormundung des Arbeiters. Jetzt hat im sächsischen Landtag eine Erörterung über die Knappschaftskassen stattgefunden, und der sächsische Justizminister Herr von Nostitz-Wallwitz hat sich schließlich zu dem Zugeständniß genöthigt gesehen, von den sozialdemokratischen Abgeordneten Liebknecht und Bebel die Einbringung eines Gesetzentwurfs über die Knappschaftskassen zu verlangen, welchem Verlangen diese auch entsprochen haben. Aber eine Zeitlang hat man ruhig einen Nothstand existiren lassen auf diesem Gebiet, und erst nach vielen Angriffen durch die Sozialdemokratie dagegen wird in Sachsen unter der angerufenen Mithilfe der Sozialdemokraten, indem ihnen der Minister die Funktionen von Geheimräthen vindizirt

(Heiterkeit)

ein Gesetzentwurf vielleicht zu Stande kommen, welcher die Uebelstände mildert.

*) Da der dem „Volkswirthschaftsrath" zugegangene Entwurf auch die Unfallversicherung wieder zur Sprache bringt und die Liberalen selbstverständlich mit großem Geschrei darüber herfallen und sich auf die Brust klopfen werden: Seht, wir Wilden sind doch bessere Menschen, so sehen wir uns veranlaßt, noch nachträglich die Rede unseres Genossen Kayser über das Machwerk der Liberalen zum Abdruck zu bringen. Wir dürfen Niemand zu kurz kommen lassen.

Sozialpolitische Rundschau.

Zürich, 8. März 1882.

— Attentate und „Attentate". Am 13. März ist der Jahrestag der Hinrichtung Alexander's des Zweiten von Rußland. Welch' ein Unterschied zwischen diesem Attentat und dem jüngst stattgehabten auf die Königin Viktoria! Welch' ein Jubel in allen freiheitlich gesinnten Kreisen, als die Nachricht eintraf, daß die Erde einen Tyrannen weniger zählt — welche Indifferenz gegenüber dem Pistolenschuß von Windsor! Höher schlug das Herz, als die Namen der kühnen Bombenwerfer und ihrer Freunde bekannt wurden! Man drückte den Braven, die ihr Leben für die Wohlfahrt ihres Volkes, für die Sache des Fortschrittes kühn preisgegeben, im Geiste warm die Hand, mit Ehrfurcht gedachte man ihrer — für den „Attentäter" Mac Lean hat außer den gewerbsmäßigen Neuigkeitsjägern Niemand Interesse — mit einem Worte, die That am Katharinenkanal war ein Akt von weltgeschichtlicher Bedeutung — das „Attentat" vom 2. März d. J. gehört von Rechtswegen unter die Rubrik Vermischtes.

So „entrüstet" die englischen Zeitungen auch über die übrigens noch sehr zweifelhaften Versuche, sie ihrer „gracious" Mrs. Brown zu berauben, sind, daran denkt keine einzige, das „abscheuliche" Verbrechen zu fruktifiziren, wie es auch der englischen Regierung in keiner Weise eingefallen ist, durch mysteriöse Andeutungen Stimmung zu machen. Die Untersuchung ist eingeleitet und geht ihren Gang, und das politische Leben wird in keiner Weise davon berührt.

Wie anders wäre das in Deutschland gemacht worden! Da augenblicklich die Fortschrittspartei dem Kanzler einige Schmerzen verursacht, und jeder Hieb auf diese auch die gesammte weiter links stehende Opposition mittreffen würde, so hätte sich unbedingt irgend ein Zusammenhang des „Attentäters" mit der Fortschrittspartei herausgefunden. Eine in die „Parlamentarische Korrespondenz" eingewickelte Blutwurst hätte genügt, den Zusammenhang des Verbrechers mit den „fortschrittlichen Nihilisten" zu konstatiren. Irgend ein „königstreuer deutscher Mann" hätte sich erinnert, den Missethäter in einer Versammlung, wo Virchow sprach, gesehen zu haben, wo er — schon ein gravirendes Moment! — nicht geschlafen habe. Und Pindter, der Norddeutsche, hätte sich hingesetzt und geschrieben:

„Die Verwilderung der Moral, welche Hand in Hand geht mit der Emanzipation der Massen von den ewigen Grundlagen aller zeitlichen Ordnung, hat wiederum ein Abscheu erregendes Lebenszeichen von sich gegeben"

u. s. w., u. s. w., worauf das übliche Schimpfen auf die verderblichen Volksfreiheiten gefolgt wäre. Glaubt Ihr das etwa nicht? Nun denn, den obigen Satz hat Pindter verübt, und er hat zur „Fruktifikation" des Attentates des Weiteren losgelegt, wie folgt:

„Aus England, der klassischen Heimstatt moderner Volksfreiheiten, kommt die Nachricht von einem wider die geheiligte Person der Souverainin verübten Mordanfalle, der, Dank dem Walten der göttlichen Vorsehung, sein erhabenes Ziel zwar verfehlt hat, aber aufs Neue erkennen läßt, daß den glänzenden Lichtseiten unserer Zivilisation noch ungleich schwärzere Schatten gegenüberstehen."

Die edle Absicht leuchtet aus jeder Zeile heraus, und wenn sie dem großen Kanzler zum Verdruß diesmal nicht in Erfüllung geht, so ist dies nur dem Umstand zuzuschreiben, daß die beschränkten Engländer für so „geniale" politische Kampfmittel kein Verständniß haben.

— Wenn zwei Spitzbuben sich zanken. Die „Norddeutsche Allgemeine" ist seit einiger Zeit sehr ungnädig auf ihre Spießgesellen von ehedem, die russischen Panslavisten, zu sprechen. Dabei entfahren dem edlen Blatt kostbare Geständnisse. Der „Moskauer Telegraph" hatte anläßlich Skobelew's Rede geschrieben:

„Die Rede des Generals Skobelew enthält nichts Wunderbares, nichts Tadelnswerthes. Er hat nur das ausgesprochen, was er fühlt und was Millionen verschweigen" —

worauf die „Norddeutsche" giftig aber treffend erwidert:

„Dazu möchten wir bemerken, daß wenn man in Rußland von Millionen Menschen spricht, zunächst an die Bauern zu denken ist, welche die Lasten des letzten Krieges getragen haben und sich nicht bereichern konnten, wie es in der allgemeinen Kalamität nur den Lieferanten, Journalisten und Intendantur-Beamten gelang."

Wie gesagt, sehr richtig, und nicht nur für Rußland. Es sind zwar nicht immer nur die Lieferanten, Journalisten und Intendantur-Beamten, welche sich durch den Krieg bereichern, wie das Organ des jetzt nahezu vierzigfachen Millionärs Bismarck wissen muß, dagegen sind es stets die großen Massen des Volkes, das ländliche und städtische Proletariat, welches alle Lasten des Krieges zu tragen haben, ohne die eventuellen Vortheile zu genießen. Diese sacken, je nach den lokalen Verhältnissen, immer Andere ein; gewöhnlich, wie die „Norddeutsche Allgemeine" sehr richtig bemerkt, die Lieferanten, Intendantur-Beamten und deren hohe und allerhöchste Komplizen.

— Preußisch-deutsche Sozialreform. Eine höchst lehrreiche Aufklärung über dieses mit so großem Pomp ausgeschriene Bismarck'sche Wunderkind liefert der in den Motiven zum Tabaksmonopol veröffentlichte Voranschlag über die voraussichtlichen Einnahmen und Ausgaben der Tabaksmonopol-Verwaltung. Wir finden da unter den Ausgaben:

General-Direktion	Mk.	385,000
Fabrik-Magazin-Verwaltung	„	2,314,000
Arbeitslöhne:		
für 81,000 Arbeiter durchschnittlich 577 Mk.	„	46,737,000
„ 1000 Arbeiter durchschnittlich 1200 Mk.	„	1,200,000

Das sind Alles in Allem für Arbeiter ꝛc. Löhne Mk. 50,636,000. Der Reinertrag des Monopols soll nach Abzug der Zinsen des Anlage-, Betriebs, Entschädigungs- und Amortisationskapitals:

Mk. 165,487,907

ergeben. Die Arbeitslöhne, inklusive der Gehalte der „höheren" Beamten, machen somit noch **nicht den vierten Theil** des Reinertrages aus. Die übergroße Masse der Arbeiter wird mit einem Durchschnittseinkommen von 577 Mark, das heißt von **1 Mark 60 Pfennigen pro Tag** abgespeist, damit die Gemeinde- und Kreisverbände in den Stand gesetzt werden, die Grund-, Gebäudesteuer herabzusetzen, mit anderen Worten den **besitzenden** Klassen Steuererleichterungen zu gewähren.

Ein kleines Restchen wird zu den Reichszuschüssen für die Arbeiter-Unfallversicherung verwendet werden. Und das ist die ganze „wohlthätige Fürsorge" des preußischen Reiches deutscher Nation für die Invaliden der Arbeit. Den Tabakarbeitern wird der letzte Blutstropfen ausgepreßt und vom Ertrage — nein von dem **Raube** — ein Theilchen großmüthigst als „Geschenk" hingeworfen.

Mit Scheffeln gestohlen, mit Löffeln gegeben, das ist die deutsche Uebersetzung des hohenzollern'schen Suum cuique.

Und auf diesen — christlichen Handel, bildet man sich ein, werden die deutschen Arbeiter hineinfallen!

Schon diese Zumuthung ist eine Infamie!

— Aus Berlin wird uns geschrieben: Anjust, du jammerst mir! möchte man den biederen Seelen im „Volkswirthschaftsrath" zurufen, wenn man die Berathungen des Tabaksmonopols von Seiten dieser erleuchteten Körperschaft zu lesen bekommt. Eine elendere, hilflosere Rolle als die Bismarckischen Marionetten dort spielen, ist gar nicht denkbar. Am possirlichsten sind natürlich die Kapriolen derer, welche nicht nach der Schnur tanzen wollen, aber durch ihr krampfhaftes Sträuben dem Parademarsch der wohlabgerichteten Mehrheit nur als Folie dienen. Ja, ich habe doch Bedenken wegen der Verwendung der Erträgnisse, wirft schüchtern ein liberalisirender „Rath der Volkswirthschaft" ein. — Mach' dir darüber keine Sorgen, lieber Freund, weist ihn Herr Mayr freundlich zurecht, das Geld wird gebraucht, wozu, das geht dich gar nichts an, du hast der Regierung nur vorzuschlagen, wie es am bequemsten durch Mehrbelastung des Tabaks beschafft wird. Könnte man denn nicht lieber den Spiritus mehr heranziehen? ruft ein Tabaksfabrikant vom Rhein wehmüthig aus. O, lieber Freund, fertigt ihn Mayr vorwurfsvoll ab, du erinnerst mich an das verwerfliche Sprichwort:

Heiliger St. Florian, beschütz mein Haus, zünd andere an.

Uebrigens sei unbesorgt, der Spiritus kommt auch noch an die Reihe. Und so theilt der biedere Schwabe Jedem eine Gabe aus, Dem Versprechungen, Jenem Hohn. Köstlich ist auch die Abfertigung des „Rathes" Kochhann, der eine Lanze für die zum Ruin gebrachten Zwischenhändler einlegte. Für Viele derselben, meinte der neugebackene Unterstaatssekretär, wäre es am Besten, wenn sie eine Schaufel zur Hand nehmen und Kanäle graben würden.

Diesen menschenfreundlichen Rath werden wir uns merken, wenn wir einmal in die Lage kommen werden, verschiedene heute höchst überflüssige Posten abzuschaffen und ihre Inhaber versorgen zu müssen. Dank, Mayr, der du uns das Wort gelehrt!

Für die Arbeiter versuchte der Gewerkvereinler Kamien eine Lanze einzulegen, da er indeß die manchesterliche Rosinante „der Staat darf keine Industrie betreiben" ritt, so wurde auch er mit Grazie auf den Sand gesetzt.

Die „Norddeutsche" aber ist von dem Volkswirthschaftsrath, der seine jämmerliche Rolle mit so überaus edler Grandezza spielt, ganz entzückt. Er hat's redlich verdient!

— Immer besser. Auch ein neues Unfallversicherungsgesetz ist dem Bismarck'schen „Volkswirthschaftsrath" zur Begutachtung zugegangen. Das Ding weist einen erheblichen Vorzug gegen die frühern Entwürfe auf: die armen Fabrikanten kommen bedeutend besser fort, und auch des heiligen Reiches Mittel werden erfreulichst im Interesse anderer Kulturzwecke, als da sind Krupp'sche Kanonen, Torpedoboote ꝛc., geschont: aus der 4wöchentlichen Karrenzeit ist eine 13wöchentliche geworden. Für die ersten 13 Wochen fällt der verunglückte Arbeiter den obligatorischen Krankenkassen zur Last, zu denen die Arbeiter zwei Drittel, die Unternehmer ein Drittel beisteuern, letzteres auch nur dann vorgeschrieben, wenn in ihren Betrieben Dampfkessel oder durch elementare Kraft bewegte Triebkräfte zur Verwendung kommen. (Die Bauunternehmer also nicht.)

Das wären vorläufig so die Hauptschönheiten des „arbeiterfreundlichen" Entwurfes, des großen „Reformwerkes". Und damit dieser Wechselbalg in's Leben gesetzt werden, damit die Haftpflicht zum großen Theil auf die Arbeiter abgewälzt werden kann, sollen diese dem Bismarckischen Reiche, welches sie rechtlos gemacht hat, eine Einnahme von über 160 Millionen aus dem Tabaksmonopol bewilligen, von denen höchstens ein ganz verschwindender Bruchtheil zum „Erbtheil der Enterbten" verwendet werden soll, wie der Unterstaatssekretär Mayer im Volkswirthschaftsrath mit zynischer Offenheit konstatirt hat, und wie aus dem obigen Entwurf bis zur Evidenz hervorgeht. Wenn Herr Adolph Wagner noch einen Funken von Ehrgefühl im Leibe hat, so muß er jetzt mit dem offenen Geständniß: man hat mich zum Besten gehabt! von der Bühne verduften, denn einen schamloseren Humbug, als das durch ihn in den Wahlkampf geworfene Versprechen, das Tabaksmonopol soll das Patrimonium der Enterbten werden, gibt es sobald nicht wieder.

— Aus dem nationalen Zuchthaus. Gegen die drei Unterzeichner des bekannten Leipziger Flugblattes über den Belagerungszustand ist nachträglich noch die Anklage auf Beleidigung und Verleumdung des Bundesrathes erhoben worden. Ob auf Grund anderer Flugblätter noch besonders gegen Bebel Anklage auf Beleidigung des Bundesrathes erhoben ist, wissen wir nicht. Vorläufig sind unsere Mittheilungen in der vorigen Nummer also wie folgt zu berichtigen: Hasenclever ein § 131-Vergehen und eine Bundesrathsbeleidigung (beides hervorgegangen aus dem Leipziger Flugblatt), Liebknecht zwei § 131-Vergehen, eine Bismarck-, eine Bundesraths- und eine Polizeibeleidigung; Bebel drei § 131-Vergehen, 1 Bundesraths- und eine Majestätsbeleidigung.

In Großenhain sollte vergangene Woche eine Volksversammlung zur Besprechung des Tabaksmonopols abgehalten werden; als Referent war Liebknecht ausersehen. Aus der Versammlung wurde jedoch nichts, wie aus nachstehendem amtlichen Protokoll erhellt:

„Rathhaus Großenhain, am 16. Februar 1882. An Kanzleistelle erschien heute Herr Zigarrenarbeiter Hermann Kunze von hier und gab zur Erläuterung der von ihm mitunterzeichneten Anzeige (einer Volksversamm-

lung) auf Befragen zu vernehmen, daß in der beabsichtigten Versammlung Herr Reichs- und Landtagsabgeordneter Liebknecht als Vortragerstatter (sic) auftreten werde.

Auf eingeholte direktorielle Beschlußfassung des Herrn Bürgermeisters Herrmann wurde darauf der Erschienene beschieden,

„„daß unter so bewandten Umständen die beabsichtigte öffentliche Versammlung polizeilich nicht gestattet werde, weil bei der bekannten hervorragenden Thätigkeit des in Aussicht genommenen Vortragerstatters (sic) bei den gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie, die ja auch seine Ausweisung aus Leipzig zur Folge gehabt habe, die Annahme gerechtfertigt erscheine, daß von demselben die Versammlung zur Förderung sozialdemokratischer, sozialistischer und kommunistischer, auf den Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung gerichteter Bestrebungen werde benutzt werden,

„„und daß nach § 4, Absatz 2 des Reichsgesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21. Oktober 1878 derartige Versammlungen zu verbieten seien" ꝛc. ꝛc.

„Der Erschienene bat um Zustellung einer Abschrift dieser Niederschrift und bemerkte, daß die hiesigen Zigarrenarbeiter ein lebhaftes Interesse an der Frage des Tabaksmonopols, das möglicherweise ihre Existenz gefährde, hätten und deshalb über diese Angelegenheit sich genau zu unterrichten wünschten. Sie hätten sich, da sie einen eigenen Referenten in ihrer Mitte nicht hätten, deshalb an Herrn Liebknecht gewendet, weil dieser Gegner des Monopols sei. Es werde daher darauf Bedacht genommen werden, die beabsichtigte Versammlung etwa acht Tage später abzuhalten, und werde für solche einen andern Vortragerstatter (sic) zu gewinnen suchen.

„Vorgelesen, genehmigt und mitunterzeichnet. Hermann Kunze
Stadtsekretär Kunath,
v. Protok."

Welch letztere adelig aussehende Unterschrift eine Abkürzung sein soll für „verpflichteter (oder vereidigter) Protokollant".

Privatim wurde Kunze bedeutet: „Jeder Referent ist uns recht, nur nicht Liebknecht und Bebel." Es scheinen indeß auch noch Andere nicht „recht" gewesen zu sein, wenigstens ist bis dato die beabsichtigte Versammlung noch nicht zu Stande gekommen.

Man sieht aus diesem Vorgang, der die deutsche Polizeiwirthschaft so hübsch kennzeichnet, daß es den deutschen Zigarrenarbeitern, die beim Tabaksmonopol so lebhaft interessirt sind, nicht erlaubt ist, diese brennendste der Tagesfragen, die in Wahrheit eine Lebensfrage für sie ist, zu diskutiren. Sie sollen schweigend den Hals unter das Fallbeil des Bismarck'schen Monopol-Sozialismus legen.

Ein charakteristisches Moment ist noch, daß der Großenhainer Bürgermeister und Gemeinderath vom liberalen Bourgeoisstandpunkt aus Gegner des Tabakmonopols sind, somit, indem sie die Versammlung verboten, gegen sich selber vorgingen. Aber die Angst vor der Sozialdemokratie ist stärker als die Furcht vor dem Tabaksmonopol. Und darauf dürfte Bismarck auch spekuliren.

— Paragraph 131. Früher war es der „Haß- und Verachtungsparagraph", mit dem man alle mißliebigen Bestrebungen und Personen zu fangen suchte; jetzt ist es der § 131. Die Herren liberalen Gesetzesmacher, die in früheren Zeiten an sich selber, in corpore vili, die Unannehmlichkeiten des Haß- und Verachtungsparagraphen erfahren hatten, und für die Zukunft „Garantieen" gegen ähnliche „Mißbräuche" schaffen wollten, glaubten bekanntlich durch Einfügung der Worte: „Thatsachen", „Staatseinrichtungen„ und „wider besseres Wissen" jede Möglichkeit zur Einleitung von „Tendenzprozessen" der alten Schule schlau abgeschnitten zu haben. Diese guten Leutchen und schlechten Musikanten rechneten nicht mit den deutschen Staatsanwälten und Richtern. Mit welcher Leichtigkeit diese zwei Menschensorten sich über die „Thatsachen", die „Staatseinrichtungen" und das „bessere Wissen" hinwegzusetzen wußten und wissen, das haben wir in Dutzenden von Beispielen erlebt; und § 131 ist jetzt seiner Anwendung und seinen Wirkungen nach faktisch in nichts mehr von dem berüchtigten Haß- und Verachtungsparagraphen unterschieden. Er dient genau denselben Zwecken, thut genau dieselben Dienste. Und die „nationale Einheit" des Nationalzuchthauses, welches im Jahr 1871 aufgebaut worden ist, bringt es mit sich, daß er sie überall that, in sämmtlichen „Vaterländern", in Preußen, Sachsen und den übrigen, zu denen auch das Großherzogthum Hessen, vulgo „Darmhessen", gehört. Wie in dem Kinderspiele der „Fuchs herumgeht", so geht gegenwärtig der § 131 herum. Von anderen Exempeln hier nicht zu reden, ist da in dem großen Darmhessen, und zwar in dessen Haupt- und Residenzstadt Darmstadt auf Grund des „§ 131" Anklage erhoben worden gegen ein Wahlflugblatt, welches das Verbrechen begangen hat, folgenden Passus zu enthalten:

„Hunderte braver Familienväter werden ausgewiesen von Haus und Hof, von Weib und Kind, weil sie nicht, wie die Söldlinge der Reaktion, ihre Gesinnungen je nach Wunsch von Oben ändern, sondern, ihrer Ueberzeugung getreu, immer und immer wieder gegen die Knechtschaft in jeder Gestalt ankämpften, um bessere Zustände herbeizuführen."

Die gesperrten Worte sollen einen Verstoß gegen „§ 131" involviren.

Nun ist es zwar für jeden mit seinen fünf Sinnen versehenen Menschen klar, daß das „Oben" keine „Staatseinrichtung" ist; daß der Wunsch, wir sollten unsere Gesinnung ändern, vom Standpunkt unserer Feinde ein durchaus berechtigter ist, also den Begriff der „Schmähung", welchen der § 131 erheischt, unzweifelhaft ausschließt; und daß die Behauptung, unsere Feinde hegten diesen Wunsch, unmöglich „wider besseres Wissen" aufgestellt sein kann, wenn man unsere Feinde nicht für heuchlerische Hallunken hält; allein Richter wie Staatsanwälte haben häufig nicht blos fünf Sinne, sondern noch einen sechsten Sinn: den Sinn der Servilität und Niedertracht. Und unter solchen Umständen würden wir uns einer großen Unvorsichtigkeit und Naivetät schuldig machen, „wenn wir die Ueberzeugung aussprechen wollten, der Staatsanwalt, der diese Anklage ausgetüftelt, werde in's Irrenhaus gesteckt. Viel wahrscheinlicher ist, daß die biederen Richter, kraft ihres sechsten Sinns, die Angeklagten zwar nicht in's Zuchthaus, aber doch in's Gefängniß schicken werden. Wozu haben wir Richter in Deutschland?

— Der Bourgeoisstaat ist sich überall gleich. Im republikanischen Frankreich ein Strike der Kohlenarbeiter. Kurmittel: etliche Bataillone Soldaten. Im kaiserlichen Oesterreich ein Strike der Kohlenarbeiter. Kurmittel: etliche Bataillone Soldaten. Die schönen Bourgeoisseelen finden sich unter republikanischer wie unter monarchischer Verfassung überall den Arbeitern gegenüber in demselben Gedanken: „Pulver und Blei, wenn die Canaille sich nicht nach unserem Belieben ausbeuten läßt!" Wozu ist der Arbeiter denn anders auf der Welt, als um von dem Herrn Bourgeois ausgebeutet zu werden?

— Ein schlauer Staatsretter. Was für gescheidte Leute es doch in der Welt gibt, das ist unglaublich. Jammerschade ist es, wenn so ein kapitales Genie verkannt wird und in untergeordneter Stellung durch's Leben wandeln muß; vielleicht tragen die folgenden Zeilen dazu bei, einem solchen verkannten Genie eine seinem Scharfsinn würdigere Karriere zu eröffnen.

„Ich kam", schreibt uns ein Arbeiter, „mit meinem Reisekollegen, einem Sattler, nach Buttstädt im Weimarischen, wir fanden Abends kein Nachtlager und mußten daher bis zum nächsten Dorfe wandern. Unterwegs begegnete uns ein Gensdarm, der uns auch sofort anhielt und unsere Papiere abverlangte, um zu sehen, was wir für Landsleute seien. Nachdem er ermittelt, daß ich ein Preuße, mein Begleiter ein Sachse, sprach er zu mir: Sie müssen mir folgen. Wir marschirten bis zum zweiten Dorf; dort angelangt, meinte der kluge Gesetzeswächter: „So, jetzt können Sie gehen, ich habe Sie blos aus dem Grunde mitgenommen, weil Ihr Kollege ein Sachse ist. Das sind lauter Sozialdemokraten, welche die Leute zu allerhand Schlechtigkeiten verführen." Sprach's und schlug sich seitwärts in die Büsche. Ich aber traf am nächsten Morgen natürlich mit dem fürchterlichen Sachsen wieder zusammen, der hell auflachte über diesen vorsündfluthlichen Polizei—ngel."

Unser Freund ist im Irrthum, der Gensdarm hatte vollständig Recht. So ein böser „Sozialdemokrat" kann zehn gute Unterthanen zu „allerhand Schlechtigkeiten" aufwiegeln. Und so lange die Regierungen nicht dafür sorgen, daß die Arbeiter wieder einzeln arbeiten, einzeln durch's Leben wandeln, so lange werden sie dieser Pest nicht Meister werden, die großen Werkstätten, die Fabriken, die Gruben, das sind die Brutstätten der kommunistischen Verschwörung. Darum nieder mit der modernen Entwickelung!

— Infame Manöver oder? Um die Knabenerschießungen zu rechtfertigen, veröffentlichen die reaktionären Zeitungen jetzt allerhand Berichte über „Rohheiten der Berliner Straßenjungen" gegenüber Soldaten. Man könnte sich über die Abnahme der stupiden Anbetung des Militarismus, welche in Preußen den Kindern systematisch eingebläut wird, eigentlich freuen, wenn wir nicht die Verlogenheit der meist im Solde der Polizei stehenden Berliner Zeitungsreporter zum Ueberdruß kennen gelernt hätten. Jedenfalls stehen unsere Gegner vor der Alternative: Entweder infame Polizeimanöver oder bedenkliches Wackeln!

— „Du gut's unschuldig Ding!" Der „Reichsbote", der da Wind hat, wie das Volk über das Tabakmonopol denkt, schreibt seufzend:

„Eine Börsensteuervorlage von 100—120 Millionen wäre so populär, daß auch der Reichstag dazu nicht nein sagen könnte. Man begreift nicht, warum der Kanzler hier nicht zugreift, wo das Geld in Massen liegt, und wo eine Abzapfung sehr wohlthätig wirken müßte."

Warum der Börse nichts geschieht? O, unschuldiger „Reichsbote", hast du denn nicht erst vor wenigen Tagen gelesen, daß der Reichskanzler, obwohl er so krank war, daß er vor Heiserkeit nicht sprechen konnte, eine Konferenz mit seinem Freunde, dem Herrn Geheimrath „von" Bleichröder, hatte? Seinen Freunden thut ein Bismarck nichts zu Leide, das Herz würde ihm bluten, wenn er sie bluten lassen müßte. Und darum muß der Tabak, oder vielmehr müssen die Tabakarbeiter bluten, denn die können's vertragen.

Und darum, edler Bote des Reiches der Gottesfurcht und frommen Sitte, laß dein Drehen und Winden, das Einem Bauchweh verursachen kann, wenn er verurtheilt ist, es mitanzusehen, und beiß' hinein in den sauren Apfel. Dein großer Kanzler verlangt's, und der Bien muß!

— Ein schönes Lob stellt die russische erzpanslavistische „Petersburger Zeitung" den in Rußland lebenden Deutschen aus. „Ganze Vierteljahrhunderte", ruft sie, „wirthschaften die Deutschen bei uns, wie bei sich zu Hause, sie pflanzten ein oben die deutsche Zivilisation und unten den Nihilismus". — —

Die Deutschen als Väter des Nihilismus — man könnte ordentlich stolz darauf werden. Wenn's nur nicht an das berühmte „Polen, Juden und Franzosen" erinnerte!

„Ausländer, Fremde sind es zumeist,
Die unter uns gesät den Geist
Der Rebellion. Dergleichen Sünder,
Gottlob, sind selten Landeskinder!"

— „Lieber ins Zuchthaus, als in die Kaserne", äußerte sich der Soldat J. Pröbstle von Kleinköy in Bayern zu seiner Umgebung, und damit sein Wunsch auch in Erfüllung gehe, zündete er seinem ehemaligen Dienstherrn das Haus über dem Kopf an. Er erhielt vier Jahre Zuchthaus. Deutschland, Deutschland über Alles!

— Vom „milden" Preußenkönig. „Des Königs Majestät", lesen wir in den offiziellen Blättern, „haben Allergnädigst geruht, den Regierungspräsidenten von Wurmb zu Wiesbaden an Stelle des Oberpräsidenten Grafen zu Eulenburg zu Kassel zum königlichen Kommissarius für den Kommunallandtag des Regierungsbezirks Wiesbaden zu ernennen."

Dieser Wurmb ist dasselbe Scheusal, welches in seiner Eigenschaft als Polizeipräsident von Berlin die unglückliche Elise Hessels in brutalster Weise gemißhandelt hat, weil sie sich nicht seiner viehischen Wollust preisgeben wollte. Elise Hessels — man lese nur ihre Broschüre „Frauenloos in Preußen" (Bern, E. W. Krebs) — ist um ihr ganzes Lebensglück betrogen, der schändliche Zerstörer desselben aber, der damals nothgedrungen in Berlin abdanken mußte, sitzt — Dank der „Milde" seines Königs — ruhig in Amt und Würden und wird bei jeder Gelegenheit „Allergnädigst" ausgezeichnet.

Freilich, Wurmb war jahrelang Polizeipräsident von Berlin und als solcher über die geheimen Abenteuer der hohen und höchsten Herrschaften ganz besonders gut unterrichtet.

Einem solchen Mann verzeiht man einen kleinen „Fehltritt" gern, nach dem Worte der heiligen Schrift: Richtet nicht auf daß Ihr nicht gerichtet werdet!

— Aus Oesterreich. „Aus dem Lande der Niedertracht und Infamie", schreibt die Budapester „Arbeiter-Wochenchronik", „ist wieder etwas Schönes zu vermelden. Ein Zeitungsblatt, das in dem genannten Lande erscheint, liegt vor uns, die „Zukunft", und wahrlich, es flimmert uns vor den Augen, wenn wir die unzähligen weißen Flecke und „konfiszirt" sehen. So hat nicht einmal der Rothstift des tobsüchtigsten Zensors im allernärrischsten Polizeistaat gewüthet, wie der Staatsanwalt bei diesem Blatt. Jede weiße Stelle bezeichnet einen Schandfleck der österreichischen Schandwirthschaft, und wenn man in Oesterreich noch erröthen könnte, so müßten die österreichischen Polizeikorporale so oft roth werden, so oft der Passus „konfiszirt" in der letzten Nummer der „Zukunft" vorkommt."

Das wäre nach der „Arbeiterstimme", welche die weißen Stellen gezählt hat, netto 29 Mal. Uns ist die betreffende Nummer der „Zukunft" überhaupt nicht zugegangen.

Auch der neueste Nummer der „Wahrheit", des Brünner „Volksfreund" und des Reichenberger „Arbeiterfreund" weisen drastische Beispiele der „Freiheit wie in Oesterreich" auf. Vom „Arbeiterfreund" ist fast die ganze erste Seite in der Farbe der Unschuld erschienen und auch der „Volksfreund" läßt an „Weisheit" nichts zu wünschen übrig. Der „Wahrheit" hat man ein wissenschaftliches Feuilleton „Die Formen der Ehe im Alterthum" verboten, weil dasselbe „die Einrichtungen der Ehe, speziell der Monogamie, herabzuwürdigen sucht und somit geeignet erscheint, den Thatbestand des Vergehens gegen die öffentliche Ruhe und Ordnung zu begründen."

Dieser Infamie gegen die Presse steht würdig an der Seite das schuftige Vorgehen gegen die streikenden Bergleute von Nürschan (Böhmen). Jeder Berichterstatter, von dem zu erwarten ist, daß er einigermaßen unparteiisch urtheilt, wird sofort verhaftet und polizeilich „abgeschoben", die Vertrauensmänner der Arbeiter wurden verhaftet, die Arbeiter selbst und die mit ihnen sympathisirende Bevölkerung in jeder Weise eingeschüchtert. Alles das hat aber bis jetzt nichts gefruchtet, die in schamloser Weise ausgebeuteten Proletarier sind entschlossen, auszuhalten und ihre Forderungen durchzusetzen. Unter diesen Forderungen figurirt auch — bezeichnend für das katholisch-fromme Oesterreich — die Beseitigung der Sonntagsarbeit!

Während so in Nürschan die fleißigen Hände, welche die Schätze der Erde an das Tageslicht fördern, feiern müssen, um nur die allernothdürftigsten Bedingungen einer menschenwürdigen Existenz zu erringen, begräbt in Prohn ein der Gesellschaft Saxonia gehörender, zusammenstürzender Schacht 40 bei der Arbeit im Dienste des Kapitals begriffene Proletarier. Sicher hätte dieser Unglücksfall vermieden werden können, wenn die Habgier der Kapitalisten es zugelassen hätte, die Sicherheitsvorrichtungen entsprechend in Stand zu halten. Aber das denkt nur an Geldheraus schlagen, und wenn darüber eine ganze Generation in Noth und Elend verkommen, Tausenden und Abertausenden das Leben gewaltsam verkürzt werden sollte. Was kommt es auf ein Arbeiterleben an, das Menschenfleisch ist ja so billig!

— Aus Frankreich. Der Streik in Bessöges ist doch schneller beendigt, als es Anfangs schien. Die Einschüchterungen der Truppen und vor allen Dingen der Hunger hat die Arbeiter gezwungen, sich den Kapitalbestien auf Gnade und Ungnade zu ergeben. Der Zwischenhandel ist nämlich, wie wir s. Z. bei Besprechung des Streiks von Grand-Combe berichteten, im ganzen Distrikt abgeschafft; „im Interesse der Arbeiter" hat die Gesellschaft den Handel mit Lebensmitteln in ihre Hände zentralisirt, und als nach Ausbruch des Streiks die Arbeiter Lebensmittel einkaufen wollten, fanden sie sämmtliche Lager geschlossen. Ein Stürmen derselben war gegenüber der schußbereiten Militärmacht nicht möglich, und so mußten die Proletarier, Einer nach dem Andern, sich durch den Hunger gebändigt ins alte Joch begeben.

Glücklicher als der Streik in Bessöges scheint der Streik in Roanne für die Arbeiter zu verlaufen. Die stolzen Herren Fabrikanten, welche Anfangs verlangten, daß die Delegirten der Arbeiter in ihr, der Fabrikanten, Versammlungslokal behufs Unterhandlung sich einfinden, d. h. dadurch bereits ihre Unterwerfung bekunden sollten, haben sich bequemen müssen, sich auf Verlangen der Arbeiter in das von diesen bestimmte neutrale Präfekturgebäude zu begeben. Da die große Masse der Bevölkerung mit den Arbeitern sympathisirt und namentlich die Kleinhändler die Bons derselben gutwillig in Zahlung nehmen, so werden die Herren Fabrikanten sich noch zu größeren Konzessionen herablassen müssen.

— Aus Italien. Die am 26. Februar stattgehabte Konferenz der Sozialisten der Romagna war von 42 Vertretern aus 32 Orten und Distrikten besucht. Beschlossen wurde nach dem „Avanti!" sowohl in den politischen Wahlkampf einzutreten, als auch an den Gemeinde-Wahlen aus agitatorischen Gründen theilzunehmen. Die Wahlen sollen den Charakter des Protestes tragen und die zu wählenden Genossen sich verpflichten, den zum Eintritt in die Kammer nöthigen Eid zu verweigern. Ein Zusammengehen mit den Republikanern und Demokraten wurde nicht grundsätzlich abgelehnt, sondern dem Ermessen der einzelnen Wahlkreise überlassen. Letzterer Beschluß erklärt sich dadurch, daß gerade die industriellen Wahlkreise zusammengelegt sind und nach der Listenwahl zu wählen haben, so daß bei einer Zersplitterung der republikanischen Elemente der Sieg den monarchischen Parteien gesichert wäre. Als Bedingung wurde festgesetzt, daß auf der zu vereinbarenden Liste eine entsprechende Anzahl Sozialisten figuriren.

Wir wollen nicht in eine Kritik dieses Beschlusses eingehen, der sich ohne genaue Kenntniß der eigenartigen Parteiverhältnisse in Italien, wie sie die revolutionäre Geschichte dieses Landes gezeitigt hat, nicht gut beurtheilen läßt, unsere italienischen Genossen, welche jetzt zum ersten Male auf die politische Arena treten, werden ja durch den Kampf selbst darüber belehrt werden, welches Vertrauen die demokratisch-republikanische Partei verdient. Auch noch andere Illusionen werden sie im praktischen Kampfe abstreifen lernen, u. A. die, daß man nur in den städtischen Gemeinderäthen sozialistische Mehrheiten zu haben brauche, um bereits die städtischen Gemeinden in sozialistische umzuwandeln ꝛc. Immerhin ist es mit Freuden zu begrüßen, daß sie ihre Kräfte im praktischen Kampfe zu erproben und zu üben entschlossen sind. Wir wünschen ihnen den besten Erfolg!

— England. Für die Petition der republikanischen Liga gegen die Bewilligung einer Mitgift für den Prinzen Leopold sind bereits mehr als 18,000 Unterschriften gesammelt worden. Für eine antimonarchische Demonstration im königstreuen England gar nicht so übel.

— Aus Rußland. Die Namen der im Prozeß „Trigonja und Genossen" verurtheilten Revolutionäre sind:

Zum Tode verurtheilt: Michailoff, Suchanow, Frolenko, Koldewitsch, Jissajeff, Emeljanoff, Tetrka, Kletotschnikoff und die Frauen Lebedewa und Jakimowa.

Zu Zwangsarbeit in den Bergwerken ohne Termin (d. h. auf Lebenszeit): Barannikoff, Merkuloff, Arontschik, Morosoff und Langhans.

Zu zwanzigjähriger Zwangsarbeit in den Bergwerken: Trigonja, Friedensohn, Slatopolski und Lustig.

Zu zwanzigjähriger Zwangsarbeit in den Fabriken: Terentjewa.

Unsere Genossen in Paris haben bereits am Sonntag vor acht Tagen in der untenstehenden Resolution ihrer Gesinnung dem grausamen Despotenreich gegenüber Ausdruck gegeben. Wir sind überzeugt, daß derselbe im deutschen Proletariat allerorten freudige Zustimmung finden wird. Die wackeren Bekämpfer zarischen Willkür haben diese Anerkennung reichlich verdient:

Beschluß.

Angesichts des gegenwärtig vor einem zarischen Scheingericht stattfindenden Monstreprozesses gegen russische Freiheitskämpfer; angesichts der internationalen Verfolgung der russischen Revolutionäre; angesichts der glücklich gelungenen Befreiung der muthigen Bürgerin Sofia Bardina aus den Händen der Zarendespotie;

ferner im Hinblick auf die gegenwärtig zu dynastischen Interessen betriebenen schmachvollen Hetzereien zwischen Deutschen und Slaven —

sprechen die Sozialdemokraten deutscher Zunge in Paris ihren thatkräftigen und opferkühnen Brüdern von der russischen Revolutionspartei auf's Neue ihre volle Sympathie und ihre wärmsten Wünsche für den Erfolg ihrer Anstrengungen im Kampfe für das Beste ihres Volkes und für das gemeinsame Ziel, den internationalen Sozialismus, aus.

Paris, den 25. Februar 1882.

Die Sozialdemokraten deutscher Zunge.

— Amerika. Die Vereinigten Gewerkschaften und Arbeiterorganisationen von New-York haben am 30. Januar d. J. in einer im Cooper-Institut abgehaltenen großartigen Versammlung ein energisches Manifest zu Gunsten des irischen Aufstandes erlassen. Dasselbe beginnt folgendermaßen:

„An alle Gewerkschaften und Arbeiter-Verbindungen; an die Bauern von Deutschland und Frankreich; an die unterdrückten Völker Rußlands und Oesterreichs; an die Farm-Arbeiter und die Industrie-Arbeiter von England und Schottland; an die Enterbten in Italien, Spanien und Portugal; an die Arbeiter in Belgien und Holland; an Alle, die unter dem Drucke von Monarchen, Tyrannen und Monopolisten leben und arbeiten müssen.

„Wir grüßen Euch als Brüder und Freunde!" —

Nach einem kurzen Hinweis auf die große Bedeutung des von der Landliga ausgegangenen Rufes:

„Bezahlt keine Renten mehr!"

wendet das Manifest sich nach einander an die Ausgebeuteten aller Kulturstaaten. In Bezug auf Deutschland heißt es:

„Und Ihr, Arbeiter und Landleute Deutschlands, Ihr wißt vielleicht besser als wir Alle, was es heißt, durch ein System bedrückt zu werden, dessen hauptsächlichste Stützen

„Kanonen, Bayonnette und Polizei

sind. Ihr sollet es fühlen, daß Etwas gethan werden muß, eine verelendete Nation vor der Verzweiflung zu retten. Obwohl Euer Volk in eine Anzahl ohnmächtiger politischer Parteien zersplittert ist, sollet Ihr

dennoch Eure Sympathien auf ein Volk vereinigen, welches sich wie ein Mann erhoben hat und mit heldenmüthiger Aufopferung an der einzigen Maßregel festhält, die es vor dem Verhungern schützen kann. Indem sie die Zahlung ihrer Pachtgelder verweigern, erheben die Irländer ihren rechtl- und naturgemäßen Anspruch auf den Grund und Boden, der nur durch Arbeit werthvoll wird und deshalb dem gehören sollte, der ihn bearbeitet. Die Söhne Irland's haben ihr Herzblut vergossen in den Schlachten Englands für dessen Macht und Ruhm; die englische Regierung hat dagegen das irische Volk zu Bettlern gemacht. Seht nur einmal her, wie die irischen Bauern von ihren Peinigern mißhandelt werden: die Herren Adeligen, Gutsbesitzer, Faullenzer und Par-Force-Jäger fordern mehr Pachtgeld, sobald die Pächter das Land mit Fleiß und schwerer Arbeit verbessert und ertragfähiger gemacht haben. Der Pächter hat kein Recht, für Ställe oder Häuser, die er reparirt oder neu aufgebaut hat, Entschädigung zu fordern, ob er nun freiwillig geht oder ob er mit Gewalt von seiner Scholle vertrieben wird. Wenn der Pächter in Folge einer Mißernte gezwungen ist, sein Pachtgeld schuldig zu bleiben, schützt das englische Gesetz nicht etwa den hungernden, armen Pächter, sondern den nichtsnutzigen, reichen „Gutsbesitzer". Die Irländer sind Eure Brüder, und da sie vielleicht schlimmer unterdrückt sind, wie Ihr selbst, ist es Eure heilige Pflicht, ihnen zu Hilfe zu eilen. Irland bedarf der Unterstützung aller freiheitsliebenden Völker. Die Führer der irischen Nation sind im Gefängniß, damit das Volk sich nicht rühren möge. Seine Standhaftigkeit jedoch, und die moralische Beihülfe der Arbeiter und Landbewohner aller zivilisirten Länder wird es bewirken, daß die Irländer sich erholen und daß sie schließlich den Sieg erringen. In allen Ländern sollten große Demonstrationen stattfinden; Irland's Elend sollte in seiner ganzen Schrecklichkeit blosgestellt werden, damit die englische Regierung ihr Haupt vor Scham verbergen möge. Wenn die englische Tyrannei vernichtet ist, wird dies eine Warnung für Euren Kaiser, für Eure Fürsten und für ihre schlimmen Rathgeber sein! Bauern und Arbeiter Deutschlands! Denkt daran, daß der Abschaffung des Gutsbesitzerthums in Irland die Abschaffung der Lohnsklaverei und der Bauern-Bedrückung in Eurem eigenen, armen Vaterlande bald folgen wird!"

Das Manifest schließt mit folgenden Worten:

„Im Namen des uns Alle umschlingenden Bandes der Brüderlichkeit stehen wir Euch an, uns die Hand zu reichen! Beim Andenken unserer Väter beschwören wir Euch und im Hinblick auf die Hoffnungen und Bestrebungen für die Zukunft fordern wir Euch herzlichst auf, mit uns zur Förderung der Zwecke und Ziele der

Nationalen Landliga der Irländer

beizutragen."

— Anarchistisches. Wir haben die Liebenswürdigkeiten, welche uns der Moniteur der Anarchisten, der in Genf erscheinende „Revolté" in jeder Nummer an den Kopf wirft, seit längerer Zeit unbeantwortet gelassen, wie wir ja auch seinen verschämten Nachbetern in sammt und sonders das Vergnügen ruhig gegönnt haben, uns aller möglichen schönen Eigenschaften zu beschuldigen. Wenn wir heute einmal wieder eine Ausnahme machen, so geschieht dies nur aus dem Grunde, weil sich die „Anarchie" der Herren Krapotkin und Genossen in der letzten Nummer des „Revolté" in einem ganz besonders vortheilhaften Lichte präsentirt.

Es ist die Rede Skobeleff's, des Deutschenfressers, auf welche der „Revolté" in einem besonderen Artikel zu sprechen kommt.

Nach einer von besonderer Geschichtskenntniß zeugenden Einleitung — so ist es z. B. das westliche „Europa" gewesen, welches, als die Türkei zerfiel, die Fürstenthümer Montenegro, Serbien, Bulgarien gegründet hat, **aus Haß gegen den kommunistischen republikanischen Föderalismus;** das unschuldige Rußland stand dabei und konnt es halt nicht hindern — nach dieser Einleitung beginnt ein Loblied auf — Skobeleff:

„Ein Mann von einer Tapferkeit, einer Kühnheit und einem Freimuth, den man nicht umhin kann, zu bewundern", leider nur noch in einigen Regierungsvorurtheilen befangen, „hat Herr Skobeleff nur halb Recht, wenn er den serbischen Studenten sagt: „Der Feind, das ist der Deutsche, erinnert Euch dessen und wisset, daß ein schrecklicher Konflikt zwischen Slaven und Deutschen ausbrechen wird." —

Nur halb Recht! Der Schürer des Rassenhasses, des einzigen Mittels, die Revolution in Rußland aufzuhalten, „nur halb Recht". Der Mann, dessen Organ die „Nowoje Wremja" (Neue Zeit), den verhaßten Deutschen vorwirft, daß „sie den Nihilismus in Rußland eingeführt", „nur halb Recht", das heißt, er hat im Grunde ganz Recht: der Feind ist der Deutsche.

Man höre weiter:

„Ja, der Feind des Slaven, der Feind des Prinzipes, welches sie der Revolution entgegenbringen, das ist der deutsche Staat, die deutsche Bourgeoisie, der deutsche Arbeiter, der ihn unterstützt" (Wohlgemerkt, nicht das deutsche Reich, wie es heute ist, sondern der deutsche Staat überhaupt.) „Mit diesen Feinden werden die Slaven einen fürchterlichen Krieg zu führen haben, wenn das deutsche Volk nicht seine Regierungen und mit ihnen seine Regierungsideale über Bord wirft" — der Bien muß! sagt der Anarchist, der Mann der „absoluten Freiheit". „Der deutsche Staat, welchen Titel er immer sich geben möge" (d. h. auch der sozialistische Volksstaat), ist der Feind jeder Freiheit und besonders der natürliche Feind (d. h. der Erbfeind) der freien Gruppirung der slavischen Völker". Folgt eine Einlenkung, daß das deutsche Volk, welches so denkt, wie die Genfer ꝛc. Anarchisten, eine Ausnahme macht und daher gnädigst von dem fürchterlichen Krieg verschont bleibt. Die Revolutionäre aller Länder müssen den gegen Oesterreich aufständischen Slaven zu Hilfe kommen, „dies ist auch das einzige Mittel, um zu verhindern, daß der russische Zarismus den Aufstand zu seinem Vortheil ausbeute".

Und das sagt ein vermeintlicher Revolutionär in einem Augenblick, wo es feststeht, daß der russische Zarismus diesen ganzen Aufstand nur schürt, um die Aufmerksamkeit des russischen Volkes nach außen hin abzulenken, und wenn nöthig, oder wenn möglich, durch einen Krieg zu absorbiren. Anstatt die schamlose Komödie der Ignatieff, Panjutin, Fadejew und Konsorten rücksichtslos bloszulegen, anstatt den revolutionären Elementen Rußlands zuzurufen, sich durch diesen Scheinbefreiungskampf nicht abhalten zu lassen, den Zarismus im Innern zu schwächen, fordert ein „ultrarevolutionäres" Blatt sie noch auf, sich auf einen Kampfplatz zu begeben, wo sie im günstigsten Falle den Aufstand so lange hinziehen können, bis das „völkerbefreiende" Väterchen an der Newa einen schicklichen Grund findet, einzuschreiten. Und hat einmal der fürchterliche Krieg zwischen Slaven und Deutschen, d. h. zwischen dem Czarenthum und dem — mag er auch sonst noch so korrupt sein — in der bürgerlichen Entwicklung vorgeschrittnem Westen begonnen, ist der deutsche Chauvinismus, den die dem Revolté so verhaßte deutsche Sozialdemokratie so energisch bekämpft hat, wieder entfacht, dann ade auf Jahrzehnte hinaus revolutionäre Erhebung des deutschen Proletariats, dann habt Ihr Leben und Freiheit umsonst eingesetzt, Ihr kühnen Helden der russischen Revolution, dann können Eure Nachfolger wieder von vorne anfangen und abwarten, bis sie noch einmal einer so revolutionären Situation gegenüberstehen, als sie das zerrüttete Zarenreich heut darbietet!

Wir wissen zu gut, welchen Werth die russischen Revolutionäre auf die Ansichten des Redakteurs des Revolté legen, um zu fürchten, daß seine Ausführungen nach der Richtung hin Schaden bringen könnten. Aber angesichts der Versuche, diesen, mit allen möglichen Schrullen behafteten Anarchisten den deutschen Arbeitern als revolutionäre und antiautoritäre Autorität aufzuschwatzen, sehen wir uns doch genöthigt, zu zeigen, wie es um die „Internationalität" dieses „echten" Internationalen beschaffen ist. Ja, der internationale Mann haßt die Deutschen, nicht nur die deutschen Reaktionäre, sondern vor allen Dingen die deutschen Sozialisten, welche das große Verbrechen begehen, den Klassenkampf des modernen Proletariats nicht mit den freiheitstriefenden Phrasen der bürgerlichen Literatur zu korrumpiren.

Um ihm nicht Unrecht zu thun, wollen wir hier von vorneherein konstatiren, daß der Haß nicht erst seit der Rede Skobeleff's zum Ausbruch gekommen ist. Schon vor vier Wochen predigte der „Revolté" das Bündniß der die „Autonomie" hochhaltenden lateinischen und slavischen Völker gegen die „autoritären" Germanen. Uns wundert nur, daß er die Indianer Amerikas oder die Negerstämme Afrikas nicht in das Bündniß aufgenommen hat. Mehrere derselben erfreuen sich doch einer sehr ausgebildeten Autonomie, die ihnen sogar gestattet, sich gegenseitig aufzufressen oder an Sklavenhändler zu verkaufen.

Parteigenossen! Vergeßt der Verfolgten und Gemaßregelten nicht!

Korrespondenzen.

— **Planitz bei Zwickau.** Hier bei uns geht es hübsch zu. Das Ausnahmegesetz kommt gewissen Leuten sehr zu statten, weil nach Unterdrückung unserer Presse Vieles nicht an die Oeffentlichkeit gelangt und vertuscht wird. Es sei deshalb Einiges hier berichtet, was die hiesigen Zustände charakterisirt. Am 13. Febr. schlug der Lehrer O. Schmidt einen Knaben von 8 Jahren in der Schule zu Oberplanitz mit einem Rohrstock dermaßen auf den Kopf, daß derselbe am zweiten Tage darauf starb. Die Untersuchung ergab als Resultat: Der Knabe sei an Lungenkrankheit gestorben. Besagter Schmidt leistete schon, ehe er Lehrer wurde, Großes im Trinken, und jetzt, da er hier Stellung hat, bildet er sich vollends nach dem Muster hiesiger Lehrer in der edlen Trinkkunst aus. Wie es die hiesigen Volksbildner treiben, das übersteigt wahrhaftig alle Begriffe. Bis 2 und 3 Uhr und noch länger in die Nacht hinein saufen sie im Wirthshaus (nicht etwa trinken), der Herr Direktor an der Spitze, und den folgenden Tag üben sie ihren Mißmuth an den Kindern aus, da setzt es oft unvernünftige Prügel. Ein hiesiger Lehrer, der schon oft in der Trunkenheit sich flegelhaft betragen, war letzthin derart im Rausch, daß er, nachdem er sein Wasser abgeschlagen hatte, seine Kleidung nicht mehr in Ordnung brachte, sondern seine Blöße offen präsentirte. Was soll für ein Geist über die Kinder von Planitz kommen, wenn der Herr Direktor säuft, der Herr Vizedirektor betrügt (er hatte 300 Mark mehr genommen als seine Stelle trug, ist ihm später wieder abgezogen worden) und die andern Lehrer meist Gott Bacchus in überschwenglicher Weise huldigen?

Die Kinder haben keine Achtung vor dem Lehrer — der Lehrer hat keine Achtung vor dem Direktor, welcher zugleich Lokalschulinspektor ist, und in dieser Eigenschaft hinwiederum alles vertuscht.

Der Herr Gemeindevorstand Fritzsche und seine beiden Schreiber, Herr Gemeindeältester Winkler und Restaurateur Füllmich, thun ebenfalls ihr Möglichstes, um die jetzige Situation auszunützen. Der Herr Vorstand fährt Tag aus, Tag ein spazieren, kümmert sich wenig um sein Geschäft, und dann wird alles über's Knie gebrochen und es heißt: „Wir können nicht fertig werden". So sind z. B. die Gemeinderechnungen vom Jahre 1880 noch nicht fertig gestellt, wie mag es da in den Kassen aussehen? Besonders mißtrauenerregend ist der Umstand, daß Herr Fritzsche mit seinem Anhang es durchgesetzt hat, daß ein Mann aus dem Gemeinderathe als Kassenrevisor gewählt wurde, welcher nicht rechnen kann.

Um die Ehrlichkeit des Herrn Fritzsche ist es ebenfalls schlecht bestellt. So z. B. kassirte er vom Hüttenwerke (Königin Marienhütte), welche das Schulgeld für die Kinder seiner Arbeiter bezahlt, lustig das Schulgeld für solche Kinder ein, welche schon aus der Schule waren, bis der Betrug entdeckt wurde und die Hütte kein Schulgeld mehr an Herrn Fritzsche zahlte, sondern es nunmehr den Arbeitern selbst gegen Quittung ausbezahlt.

Die Bildungsstätte der hiesigen edlen Ordnungsmänner ist der Tauben-Verein. Er bietet alles auf, um Einfluß auf die Wahlen u. s. w. auszuüben. Bei allen derartigen den Angelegenheiten werden die Mitglieder zu Versammlungen und Besprechungen zusammengerufen und von dort aus die Gemeinde gewissermaßen mitregiert. Die hervorragendsten Männer — die Spitzen — sind ja auch im Taubenverein, ja in letzter Zeit ist sogar Herr Pastor Segnitz (ein Staatssozialist)-Mitglied geworden. Der Vereinsbote ist ein schon viele Jahre im Konkubinat lebender Mann, Namens Gläser, welcher auch noch nach anderer Seite hin in üblem Leumund steht. Doch solche Leute sind dem Verein willkommen, wie denn überhaupt das Leben im Konkubinat hier gehegt und gepflegt wird. Herr Pastor Segnitz als guter Christ freut sich gewiß über letzteres, sowie, daß er gleich Gläser Ehrenmitglied des Taubenvereins ist.

Bezüglich des Herrn Gemeindeältesten Winkler sei noch erwähnt, daß derselbe zugleich Friedensrichter für Niederplanitz ist und also Ehezwistigkeiten schlichten und richten soll. Wie soll dies derselbe aber thun, da er sogar die Frau seines Schwagers — allerdings vergebens — zum Ehebruch zu verleiten suchte, also selbst Ehestörung machen will? Zum Lohn für dieses richterliche Stückchen warf der betreffende Schwager den Herrn Friedensrichter bei einer Fuhre in einen Seitengraben, indem er zuvor den Stecken, welcher den Vorder- mit dem Hinderwagen verbindet, herausgezogen hatte, so daß er umwerfen mußte. — Das sind für diesmal einige Stückchen von unsern Vertretern der Ordnung und der höhern „Moral". Ein andermal mehr.

ꝏ

-w. **Speyer** (Rheinpfalz), 26. Februar. Es wird die Leser des „Sozialdemokrat" freuen, zu vernehmen, daß auch in der Rheinpfalz die Anhänger der Sozialdemokratie täglich sich mehren. Die letzte Reichstagswahl dokumentirte, daß besonders im Wahlkreis Speyer-Frankenthal die für unseren Genossen Dreesbach abgegebenen Stimmen gegen die vorhergegangene Wahl sich fast verdoppelten. Besonders Speyer, die alte Todtenstadt der früheren deutschen Kaiser, jetzt Sitz der höchsten Behörden und eines Bischofs, ging zum Schrecken des reaktionären Gesindels mit gutem Beispiel voran. Darob heulen und Zähneklappern besonders bei den Pfaffen, die einige Hundert Stimmen an die Sozialdemokraten verloren. Kandidat derselben war der allbekannte reaktionäre Redakteur Dr. E. Jäger. Um nun die Katholiken wieder in den alleinseligmachenden Stall zurückzubringen, gründeten die katholischen Pfaffen noch am Schluß des Jahres 1881 ein Blättchen, benannt „Der Rheinbote". Als Redakteur muß ein Faktor herhalten, der den Gehalt eines mittelmäßigen Seyers — 24 Mark pro Woche — erhält und doch für seine Kenntnisse noch zu gut bezahlt ist. Die eigentlichen Redakteure sind natürlich katholische Pfaffen, darunter zwar die heißspornigsten, aber auch hinsichtlich ihres Lebenswandels die anrüchigsten. Besonders ein Pfaffe aus Preußen, welcher in Blandach eben die Leute anschwindelt, ist ein Hauptmitarbeiter und Sozialdemokratenfresser. Dann kommen noch einige ausgeschämte Kapläne und besonders ein früher in Liederlichkeit jeder Art machender Gymnasiast, jetzt Bruder im Hämorrhoiden-Kloster in Oggersheim. Nach verschiedenen Kraftleistungen dieser Sippe gegen die Sozialdemokraten verstieg sich ein Korrespondent „? Oggersheim" in Nr. 33 des „Rheinboten" zu folgendem Artikel:

„Dem !·.·!-Korrespondenten von Oggersheim im „Frankenthaler Tageblatt" Nr. 19 zur gefälligen Kenntnißnahme, daß alle Spitzbuben Sozialdemokraten, aber nicht alle „Sozialdemokraten" Spitzbuben sind. Was den Bericht im „Rheinboten" über die drei Diebstähle in Mutterstadt betrifft, so müssen wir dabei bleiben, daß diese Diebe praktisch die Theorie der Sozialdemokratie ausführten und daher konsequent gehandelt haben."

Eine solche Sprache erlaubt sich ein katholischer Pfaffe. Wenn alle Spitzbuben Sozialdemokraten sind, so müßten alle die katholischen Pfaffen Sozialdemokraten sein, welche dem armen Volk das Geld aus der Tasche für Seelenmessen stehlen, damit die Verstorbenen aus dem Fegfeuer erlöst werden, obwohl diese Professionsschwindler sehr gut wissen, daß es weder Himmel noch Hölle gibt und es nur dem Volke vormachen, um die geistige Herrschaft über dasselbe zu behalten. Da ein katholischer Pfaffe eine solche Sprache gegen die Sozialdemokraten führt, so wird es wohl erlaubt sein, den Spieß herumzudrehen und auf obige Lüge den auf Wahrheit beruhenden Satz aufzustellen:

Alle katholischen Pfaffen sind Meineidige, aber nicht alle Meineidige sind katholische Pfaffen!

Beweis: Bei der Priesterweihe legen dieselben das Gelübde (Eid) der Keuschheit ab; wer aber die größten Schürzenjäger sind, das sind eben die katholischen Pfaffen. Allerdings heirathen dieselben nicht, dafür haben sie ja ihre Köchinnen, Nichten und ihre Schwestern. Und in diesem speziellen Falle glänzen die katholischen Pfaffen in der Pfalz in hervorragender Weise. Nur ein Fall von Hunderten: Ein Pfarrer in der Nähe von Speyer hatte einen Kaplan, dem ein schönes Mädchen auch lieber war als sein Brevier. Der Pfarrer hatte hübsche Köchinnen und das Ende vom Lied: Wo zwei Hahnen in Streit gerathen, da muß der eine weichen. Mein guter Kaplan verübte nun aus Rache seine Lust an einer verheiratheten Frau zum Skandal der Gemeinde, und nun konnte der alte Gockel sich rächen; der Kaplan mußte einige Wochen in's Kloster, nimmt jetzt in anderen Orten die Beichte der Mädchen und Frauen ab und macht sich im Kreise seiner hochwürdigen Amtsbrüder darüber lustig. Soll ich dem „Rheinboten" noch mehrere Stücklein von seinen Gönnern erzählen?

Weiter: Alle katholischen Pfaffen sind Heuchler und Schwindler, aber nicht alle Heuchler und Schwindler sind katholische Pfaffen.

Beweis: Unter den 400 bis 500 katholischen Geistlichen in der Pfalz sind noch keine zehn, die aus innerer Ueberzeugung Geistliche wurden; die übrigen wurden eben Pfaffen, weil es ihrer Fähigkeit nach das beste Handwerk für sie war. Diese Pfaffen glauben so wenig an einen Gott und eine jenseitige Wiedervergeltung, wie der fortgeschrittenste Atheist. Aber auf der Kanzel und im Beichtstuhl, da machen sie dem dummen Volk noch den Schwindel mit Himmel und Hölle vor. Und besonders im Beichtstuhl, da ist der „liebevolle" Pfaffe ihr Hauptheld. Dort werden die jungen Mädchen hauptsächlich verdorben, und wenn ein Mädchen in den Mysterien der Liebe vertraut werden will, da darf sie nur alle acht Tage beichten gehen.

Wir wollen für heute schließen, vielleicht greifen die frommen Herren den Handschuh auf, und dann wollen wir ihnen weiter aufspielen, daß es eine Lust sein wird.

Zum Schluß noch eine Frage an den Bock im Mönchshabit in Oggersheim: War der Geistliche Dr. Lambert in Würzburg, Abgeordneter der katholischen Fraktion im Landtag, welcher so viele Tausende Mark Unterstützungsgelder stahl und vor einigen Tagen zu ein paar Jahren Zuchthaus verurtheilt wurde, auch ein Sozialdemokrat? Und wie steht es denn mit dessem Eide aus, den er vor seinem Bischofe ablegte: Er habe seiner Schwester kein Kind gemacht! Nun, tugendhafte Betschwester, antworte!

Warnung.

Joseph Fleischhauer, Schlosser 42 Jahre alt, aus Teplitz in Böhmen gebürtig, wegen Unterschlagung von über 600 fl. bei der Allgem. steierm. Arbeiterkrankenkasse, Filiale Knittenfeld, mit zwei Monaten schwerem Kerker bestraft und zum Schadenersatz verurtheilt, hat am 5. Januar seine Strafe verbüßt und warnt man von Graz aus alle Arbeitervereine und Parteigenossen vor diesem Individuum auf's Nachdrücklichste.

Wir warnen die amerikanischen Genossen und Vereine vor dem früheren hiesigen Diätisten an der sächsischen Staatsbahn, Traugott Gärtner, welcher sich in New-York befindet. Derselbe hat sich der Unterschlagung eines bedeutenden Betrages von Parteigeldern schuldig gemacht, Rechnungslegung verweigert und dann noch zum Hohn öffentlich erklärt, er wolle mit der rohen, ungebildeten Masse der Arbeiter nichts mehr zu thun haben! Wahrscheinlich wird er drüben diesen löblichen Entschluß wieder an den Nagel hängen — also aufgepaßt!

Abdruck in der befreundeten Presse in Amerika und periodische Wiederholung der Warnung ist dringend geboten.

Löbtau-Dresden, im Februar 1882.

Die Vertrauensmänner
des 6. sächsischen Wahlkreises.

Briefkasten

der Expedition. Weckuhr (D.): Mk. 4,— pr. Ab. 2. Qu. u. Phtgr. erh. Mk. 2,— d. „r. †" dkd. zugestellt. Weiteres benützt. — Unigenitus: Bf. v. 2/3 kreuzte mit dem unsrigen. Recherchen veranlaßt. — Garibaldi: Neu eingereiht. Bstllg. folgt. — Schorfe: Avis v. 4/3 eingg. Notiz betr. St. nach H. weitergegeben. — Schultrung: Bestllg. u. Nachlfrg. besorgt. Von S. war noch Nichts zu hören. — —b: Nachr. v. 2/3 am 4. beantw. — Panzerschiff: Wunsch wurde am 4/3 erfüllt. — Reichs-Uhu: Alles fort, wie am 4. ds. berichtet. Wm. folgen; Alles notirt. — Gracchus: Versdg. erfolgte wie am 6. berichtet. Reihenfolge wird festgehalten. — Die braven Märker: Bestllg. folgt. Weiteres benützt. Quittg. siehe Nr. 8 unter „Carl". — Hippokrates: Arb. N. Kalender folgen ab Verlag. Liederb. müssen erst gebunden werden. Nr. 6 fr. Z. abgel. Ist total vergriffen. — ††† himmel — — —: Verlangtes kommt. Bf. v. 6. erh. Vorname muß C heißen. — Georg: Bf. v. 2/3 am 6. beantw. Lfrg. vorgem. — „Franziska": Macht Mk. 3,55. **„Frau"** is nich! Wenden Sie sich also getrost an J H R. Adresse so richtig. Grüße erwiedert! — Fchr. Genf: Fr. 4,— f. Schft. durch D. erh. Sdg. abgg. Gut gearbeitet! Gruß. — Feldhptm.: Mk. 26,85 dem Ufdd. dkd. zugewiesen. Spezialattgn. später. — Vorwärts †: Berechnen rund 1 dwfl. p. Expl. u. Qu. Also dwfl. 5,— p. 4. Qu. 81 u. dwfl. 3,— auf 1. Qu. 82 eingestellt. Bei den Addr. fehlt Wohnort. — St. H. R.: Mk. 4,— Ab. März — Ende Juni erh. Addr. fehlerhaft chiffrirt. — Aug. Kettenleimer: Mk. 130,— à Cto. erh. Nachr. ꝛc. erwartet. — F. Sch. Gz.: dwfl. 3,— à Cto. Ab. 1. Qu. gutgebr. Weiteres lt. Bf. v. 4. ds. „Freiheit" abonnirt man in Ldn., 252 Tottenham Ct. Rd. W. — A. J. C.: Mk. 3,— pr. Ab. 1. Qu. (nicht 2. Qu.) gebucht, da im 4. Qu. 81 nachgel. wurde. — K. T. Paris: Fr. 5,40 pr. Schft. ꝛc. erh. Werden d. S. also nur bis Ende März pr. †bd. liefern. Dank f. Notiz i. S. W. — Z. Rtbr.: Mk. 3,— Ab. 1. Qu. erh. 6 wurde mehrfach geplündert, wahrschl. wegen d. schönen Leitartikels. Nachlfrg. unmögl. — Rother: Mk. 18,— f. Ab. 1. Qu. u. Mk. 7,50 f. „r. †" dkd. verw. Bstllg. folgt. — Mercurius: Mk. 3,70 f. Schft. erh. Sdg. folgt. — A. G. H.: Mk. 5,— Ab. 2. Qu. u. Mk. 1,— f. Schft. gutgebr. „Frauenloos" folgt. — F. J. Rzkn.: Mk. 3,— Ab. 1. Qu. erh. — Commerzienrath: Mk. 12,— Ab. 1. Qu. durch Bdr. erh. — Rothbarth: Fr. 89,05 durch J. erh. Bf. erwartet. — Lbg. Z.: Fr. 15,— f. Schft. u. Fr. 3,75 Ab. 2. Qu. ins Reich erh. — Pickelhaube: Fr. 2,50 f. N. W. erh. Bfl. mehr. — Bertr. Löbt. Drsd.: Warnung auch an die befreund. amerik. Blätter abgef. — Columbus: Alles lt. Bf. v. 6. ds. besorgt. — Egldr. Brooklyn.: Bfl. am 7/3 geantw. Katal. kommt mit 11. — Blksztg. N.-York: Am 7. ds. haben Gewünschtes berichtet. — Rother Franz: Fr. 19,— d. „r. †" dkd. zugew. Fr. 5,— à Cto. gutgebracht. — M. Kg. Alg.: dwfl. —,50 f. Schft. erh. — Der Bekannte C. a/R.: Mk. 45,— à Cto. erh. Alles beachtet. — Rothschwanz: Quartalabr. siehe Bfl. 3. Einen Bf. v. 25/1 haben nicht erh. Ktlg. folgt. — Lke. London: Bf. u. Manuskript erh. Statuten werden bis in 14 Tagen fertig gestellt. Das Gereimte v. Sch. „noch nich übel!" Nachlfg. fort. — E. i. Z.: Fr. 4,— d. Agfds. dkd. einverleibt. — Valentin: Mk. 8,— u. Fr. 1,— durch Bdr. erh. Bf. erwartet. — Th. Bkl. Glasgow: Mk. 7,— f. Ab. u. Schft. erh. Sdg. folgt. Bericht willkommen. Bfe. für Fr. B. können durch uns gehen. — H. Reum. Wilmingt: Fr. 7,60 Ab. 1. Qu. erh. Davon Fr. 2,60 auf 2. Qu. vorausbezahlt. Unter „Verschleiß" war Colportage von uns gemeint. — E. H. Dn.: Fr. 26,— (Mk. 21,—?) à Cto. 4. Qu. 81 u. 1. Qu. 82 gutgebr. — C. Shum. Cincinn: Deine Complimente habe G. mitgetheilt, ebenso das Weitere. Nur ruhig Blut Anton, es kommt Alles! —

A. Krüger in St. Louis wird gebeten, seine Adresse an E. Engelbrecht, 56 Lorimer Str., Brooklyn E. D., N.-Y. zu übermitteln.

Schweiz. Vereinsbuchdruckerei Hottingen-Zürich.